

mit 091  
AN 62  
Kommission  
Telegraphen-Adressen:  
Sozialdemokrat, Prag II,  
Dvořákova nám. 32.  
Bollschekami 57544.  
Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

**Bezugs-Bedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—  
Abstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einfindung der  
Retourkarten.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Samstag, 18. August 1923.

Nr. 192.

## Die Schuld der Regierung.

### Zum Gesamtstreik der Bergarbeiter.

Die Würfel sind gefallen. Die Verhandlungen, die zwischen Bergarbeitern, Staat und Grubenbesitzern geführt wurden, sind ergebnislos abgebrochen worden, die Reichskonferenz der Bergarbeiter hat den Streik in allen Revieren der Republik beschlossen. Die koalitierten Verbände haben den Bergarbeitern die Abstimmung völlig freigegeben, ohne jede Beeinflussung haben die Reviere einstimmig für die Ablehnung der sogenannten Prager Vereinbarungen entschieden, so daß der Beschluß der Reichskonferenz tatsächlich dem Willen der gesamten Bergarbeiterschaft entspricht.

Daß es so gekommen ist, ist in erster Linie Schuld der Regierung. Die meisten Konflikte, die bisher seit der Beendigung des Krieges im Bergbau ausgebrochen sind, haben ihren Grund in der passiven Haltung der Regierung, welche die Produktion der Kohle mit außerordentlich hohen Abgaben belastet, die ruhig zugeschaut hat, wie der Absatz der Kohle infolge der hohen Kohlensteuer gesunken ist, wie die Arbeitslosigkeit immer größere Massen von Bergarbeitern erfaßt hat. Die Unfähigkeit der Regierung und der passive Widerstand, den sie bisher jeder vom volkswirtschaftlichen Standpunkt diktierten Regelung der Kohlenwirtschaft entgegengesetzt hat, hat sich nun — das ist das Erschwerende bei dem jetzt ausgebrochenen Kampf — in einen aktiven Widerstand verwandelt. Am 13. August haben die koalitierten Verbände ein Schreiben an die Regierung gerichtet und von ihr die Verantwortlichkeit in bezug auf die Herabsetzung der Kohlensteuerherabsetzung in den anderen Revieren der Republik durchzuführen gedenkt und was sie in bezug auf die Herabsetzung der Kohlen-tarife plant. Auf diese konkrete Anfrage ist sowohl der Ministerpräsident als auch der Minister für öffentliche Arbeiten die Antwort schuldig geblieben. Man erwäge nur: In den Tagen, da es sich darum handelte, ob es zu dem die Volkswirtschaft schwer erschütternden Kampfe in der Kohlenproduktion kommen sollte oder nicht, fand es die Regierung nicht der Mühe wert, den koalitierten Verbänden auf einen Brief in der entscheidenden Frage zu antworten. Solange aber die Frage nach der Regelung der Kohlensteuer nicht nur im Ostrauer Revier, sondern auch in allen anderen Revieren, nicht beantwortet war, war eine Lösung des Konfliktes unmöglich. Wenn es also am Montag zum Streik kommt, so liegt die Schuld eindeutig, wie dies noch nie war, auf Seite der Regierung.

Während die Regierung in den früheren Konflikten zwischen Bergarbeitern und Unternehmern wenigstens den Schein der Neutralität an den Tag gelegt hat, hat sie dies mal nicht einmal den Schein gewahrt. Sie ist offen gegen die Bergarbeiter aufgetreten, indem sie den Lohnabbau zur Bedingung für den Abbau der Kohlensteuer gemacht hat. In den zwei letzten Tagen, die dem Beschluß der Reichskonferenz vorausgegangen sind, hat die Regierung nicht ein einziges Mal den Versuch gemacht, in die Verhandlungen vermittelnd einzugreifen und hat die beiden Parteien absichtlich allein gelassen. Bei diesen Verhandlungen konnte bereits ein gewisses Bestreben der Bergwerksbesitzer festgestellt werden, das dahin ging, eine andere Verhandlungsgrundlage als die Prager Vereinbarungen vom 8. August zu finden. Besonders bei den Verhandlungen über die Regelung von Kohlenpreisen und Löhnen im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier sind diese Absichten der dortigen Unternehmer klar hervorgetreten. Aber selbst wenn sich die Arbeiter und Unternehmer geeinigt hätten, wären die Verhandlungen dennoch erfolglos geblieben, weil die Unternehmer mitteilten, daß der Ministerpräsident keinen Heller Kohlensteuer nachlasse, wenn kein Lohnabbau erfolge. Diese Mitteilung war um so glaubhafter, als sie sich mit einer Neußerung des Ministers für öffentliche Arbeiten deckte. Während also die Arbeiter sich zum Lohnabbau

## Die Reparationskommission stört den Gesundungsprozeß Deutschlands.

### Die Goldanleihe gefährdet.

Paris, 16. August. (Havas.) Die Reparationskommission teilte der deutschen Regierung mit, sie behalte sich bezüglich der Emission der neuen Goldanleihe ausdrücklich auch gegenüber den Subskribenten das Paritätsrecht auf die Einnahmen vor, welche das Reich zur Verzinsung und Vorkauf der Anleihe würde benötigen wollen, insbesondere in dem Falle, daß die Anleihe nicht zur Begleichung der Reparationsjahresraten bestimmt ist.

Wie die Blätter aus Paris melden, teilt ein Kommuniqué der Reparationskommission mit, daß die Kommission sich in der Sitzung vom 14. August mit der neuen deutschen Goldanleihe befaßt habe und mit Stimmenmehrheit, bei Stimmenthaltung des englischen Delegierten, be-

schlossen habe, ein Schreiben an Deutschland zu richten, in dem ein Vorbehalt gegen die deutsche Goldanleihe formuliert wird. Dieser Brief ist am Dienstagabend der Kriegslastenkommission übergeben worden. Er führt aus, daß die Tatsache, daß die deutsche Regierung es nicht für notwendig gehalten hat, im Sinne der Bestimmungen des Versailler Vertrages die Kommission um eine Ausnahmeermächtigung von diesem Artikel zu ersuchen, es für die Reparationskommission notwendig mache, einen ausdrücklichen Vorbehalt zu formulieren. Einen Vorbehalt aber müsse die Reparationskommission auch insbesondere hinsichtlich dieser außerordentlichen Einnahmen selbst machen, die von ihr eventuell für die Entlastung der Reparationszahlungen in Anspruch genommen werden können.

## Die deutsche Sozialdemokratie gegen den Reichsbankpräsidenten.

Berlin, 17. August. (Sch. P.-B.) Der „Vorwärts“ erneuert heute seine Angriffe gegen den Reichsbankpräsidenten Hagenstein und erklärt: Reichsbankpräsident Hagenstein und Glaser haben ihr Abschiedsgesuch nicht binnen drei Tagen ein, so wird die sozialdemokratische Fraktion die sofortige Einberufung des Reichstages mit dem einzigen Zweck der Beseitigung des entsprechenden Paragraphen des Autonomiegesetzes der Reichsbank verlangen.

## Neuerliche Marktentwertung.

Berlin, 17. August. (Eigenbericht.) Die neuerliche Marktentwertung setzte sich heute fort, wenn auch nicht in dem Ausmaße, wie gestern zu befürchten war. Es scheint festzustehen, daß bestimmte großindustrielle Kreise die ihnen von der Reichsbank zur Verfügung gestellten billigen Markkredite dazu benützt haben, um sich Devisen anzukaufen und dadurch den Markkurs noch mehr zu drücken. Vorübergehend stieg der Dollar im freien Verkehr auf über vier Millionen, während er später amtlich mit 3,2 Millionen gegen 2,7 am gestrigen Tage notiert war. Die Reichsbank griff mit Interventionsverläufen ein, so daß sich der Kurs während der amtlichen Notierung wieder senken konnte. Kurssteigerungen waren zu verzeichnen: das englische Pfund von 12,4 auf 14,6 Millionen, der Schweizer Frank von 495.000 auf 580.000 und die Tschechoslowake von 80.797 auf 93.763.

## Kapitalistische Ministerarbeit gegen Deutschlands Wiederaufbau.

Berlin, 17. August. An der Berliner Börse war gestern das Gerücht verbreitet, daß die Regierung beabsichtige, für die am 25. August zu zahlenden Steuern ein Moratorium zu gewähren. Der „Vorwärts“ stellt heute fest, daß dieses Gerücht völlig aus der Luft gegriffen sei. Wie das Blatt aus dem Reichsfinanzministerium erfährt, kann von einem Steueramortatorium in keiner Weise eine Rede sein, vielmehr wird die Ein-

bereit erklärten, wenn dessen Voraussetzungen, — Abbau der Preise und bessere Beschäftigungsmöglichkeit — gegeben sind und sogar das Datum für den unter diesen Bedingungen zu vollziehenden Lohnabbau in Aussicht stellen, ging der Minister für öffentliche Arbeiten, der doch der Vertrauensmann der Arbeiter in der Regierung sein sollte, an all diesen Vorschlägen vorüber und spielte die gekränkte Leberwurst, weil die Prager Vereinbarungen von den Bergarbeitern nicht angenommen worden waren. Die Bergarbeiter boten der Regierung eine ernste und annehmbare Lösung des Konfliktes: Herabsetzung der Kohlensteuer, Herabsetzung der Profite der Unternehmer um zwei Kronen per hundert Kilogramm. Dann wäre wohl eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit und ein Preisabbau auf allen Gebieten eingetreten und es hätte ein Lohnabbau im Verhältnis zu dem eingetretenen Preisabbau vorgenommen werden können. Aber all diese

ziehung der Steuern mit allem Nachdruck betrieben werden. Der „Vorwärts“ bezeichnet dieses Gerücht als ein Zeichen dafür, mit welchen Mitteln von kapitalistischer Seite gegenwärtig gearbeitet wird, um das Vertrauen für die Wiedergesundung der deutschen Finanzverhältnisse zu untergraben.

## Kontributionen und andere Diebereien.

Paris, 17. August. Nach einer Havas-Meldung aus Limburg ist gestern in der Limburger Reichsbank für das Franzosen eine Viertel-Milliarde Mark beschlagnahmt worden.

Paris, 16. August. Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf ist der Stadt Duisburg als Sanktion für das Attentat vom 13. Juni auf einen belgischen Urfauberg eine Kontribution von 187.500 Dollars auferlegt worden.

## Amerikas außenpolitische Richtlinien.

Washington, 16. August. Das Kabinett hat seine erste Sitzung unter dem Vorstehe des Präsidenten Coolidge abgehalten. Nach der Sitzung empfing der Präsident Vertreter der Presse, denen er in großen Zügen die Richtlinien seiner Politik bekanntgab. Außenpolitisch betonte er die Hilfsbereitschaft der Vereinigten Staaten gegenüber Europa, sobald eine solche Hilfe von allen Beteiligten erbeten und keine politische Verwicklung damit verbunden sei. An der Politik des Newhavener Vorschlages werde festgehalten. Coolidge lehnt die Streichung der alliierten Schulden ab. Amerika muß auf ihrer verstoßenen Rückzahlung beharren. Allgemein erklärte Coolidge, daß er die Politik Sardings weiter befolgen werde. Dementprechend sei es denn auch, daß sämtliche Kabinettsmitglieder einweisen im Amte verbleiben.

London, 17. August. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die neue amerikanische Regierung werde sich streng an die Grundzüge halten, die von Staatssekretär Hughes in seiner Rede in Newhaven niedergelegt worden seien, d. h. sie werde nach wie vor für eine unparteiische Feststellung der Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu leisten, durch eine internationale Kommission eintreten.

Vorschläge prallten an der Passivität der Regierung ab und an ihrer Unfähigkeit, ein so bedeutungsvolles wirtschaftliches Problem mit großzügigen Mitteln zu lösen.

Die gesamte Öffentlichkeit, die sicherlich unter dem Streik leiden wird, hat wohl ein Recht, die Regierung zu fragen, ob es nicht möglich war, den Streik zu vermeiden. Die Bergarbeiter haben sich zum Lohnabbau bereit erklärt, es hätte ein Preisabbau der Kohle erfolgen können, die Lage der Kohlenindustrie und aller anderen Industrien wäre fühlbar erleichtert worden und trotzdem geschah das Selbstverständliche nicht. Auch die Regierung zweifelt hat bewiesen, daß sie so wie alle anderen Regierungen in der Tschechoslowakei in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen eine unglückliche Hand hat. Für alle Folgen, die aus dem gewaltigen Kampf der Montag entbrannt, entstehen, trifft daher die Regierung die volle Schwere der Verantwortung.

## Unsere Forderungen in der Wohnungsfrage.

Der Parteivorstand hat sich im April 1922 in eingehenden Beratungen mit der Wohnungsfrage beschäftigt und unsere Forderungen nachstehend zusammengefaßt. Wir werden in der Zeit der Gemeindevahlen Gelegenheit haben, für dieses Programm in der breitesten Öffentlichkeit zu wirken.

Die Wohnungsfrage ist mit der sozialen Frage eng verknüpft. Ihre Lösung ist innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unmöglich. Erst die Umwandlung des Privateigentums an Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum, die Ueberführung aller Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den der Gesamtheit wird dem heutigen Wohnungselend ein Ende machen.

Wenn sich auch das Elend des heutigen Wohnungswesens mit allen traurigen Begleiterscheinungen, seinen gesundheitlichen, jütlichen und materiellen Schwädigungen der breiten Massen, den schweren Gefahren für unser Wirtschaftsleben innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht ausräumen läßt, so müssen wir doch in Anbetracht des sich mit jedem Tag steigenden enseligen Notstandes alle unsere Kräfte einsetzen, um das Wohnungselend wenigstens einigermachen zu lindern und dürfen nichts unberücksichtigt lassen, was eine Beseitigung wenigstens der krassesten Uebelstände herbeizuführen vermag.

Hierbei werden wir naturgemäß ganz andere Wege einschlagen, als die Sachwalter der herrschenden Massen, die Vorkämpfer des Kapitalismus und der bürgerlichen Parteien, aber auch als jene kleinbürgerlichen Sozialpolitiker und Utopisten, die sich seit Jahrzehnten um die Lösung der Wohnungsfrage abmühen und der gequälten Menschheit trotz alledem nichts als schöne Worte, phantastische Programme und unerfüllbare Versprechungen zu bieten vermögen. Sie alle haben ihre Unfähigkeit zu jeder ernsthaften Wohnungsreform bewiesen.

Dies zeigte sich auch ganz deutlich bei allen Versuchen, die der tschechoslowakische Staat zur Behebung der Wohnungsnot unternommen hat. Es waren nichts als Experimente, die mit einem Fiasko enden mußten. Die beiden Gesetze vom 11. März 1921 und 27. Jänner 1922, die die Bautätigkeit im Lande fördern sollten und die Neubebauung der Bautätigkeit ausschließlich der privaten Initiative überließen, mußten infolge Unersehlicher Ungleichheit der Kaufkosten und daher Unrentabilität der privaten Bauführung, infolge der geradezu desolaten Geldverhältnisse und der Unmöglichkeit jeglicher Geld- und Kreditbeschaffung und schließlich infolge kläglichen Scheiterns der Vorkaufleihe naturgemäß vollständig verfallen.

Das vom Parlament beschlossene Gesetz, welches den Abbau des wackeren Hauses einleitet, den Hauseigentümern eine Erhöhung der Mietpreise zubilligt und sich in so hohem Maße von den Rücksichten auf den Haus- und Grundbesitz leiten läßt, verschärft den heutigen Notstand und im Wohnungswesen, an dem auch der für den Wohnbau geschaffene Fond von jährlich 30 Millionen Kronen infolge seiner Unzulänglichkeit nichts zu ändern vermag.

Wir müssen nach Mitteln suchen, die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine Besserung der heutigen Wohnungszustände gewährleisten und dabei in der Richtung unseres Endzieles liegen. Sie lassen sich kurz in die Formel zusammenfassen: Sozialisierung des Grund und Bodens und der Bauwirtschaft, Sozialisierung und Demokratisierung des Wohnungswesens, rascheste Errichtung von Neubauten, strengster Mieterschutz. Im Einzelnen fordern wir:

1. Schaffung eines Reichswohnungs- und Siedlungsgesetzes, durch welches
  - a) Der Grund und Boden, das Wohnungswesen, das Baugewerbe, sowie die Baustoffindustrie sozialisiert;
  - b) der gesamte Wohnungsbau den zu schaffenden Selbstverwaltungskörpern übertragen und die Wohnungen, sowie die Baugrundstücke in ihre Verwaltung und ihren Besitz übergeführt werden.
2. Beschleunigte Errichtung von Neubauten durch Selbstverwaltungskörpern und bis zu deren Konstituierung durch die Gemeinden. Aufbringung der Mittel durch Beihilfen des Staates, durch die gesetzliche Verpflichtung der Banken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und sozialen Institute zur



Kreditgewährung, sowie durch Einführung einer sozial gestalterten und progressiv gestaffelten Wohnbauunterstützung, deren Ertrag ausschließlich den vorgenannten Körperschaften zur Ausführung von Neubauten, sowie zur Verzinsung und Tilgung der von ihnen aufgenommenen Bauanleihen verwendet werden soll.

3. Verschärfung und Beschleunigung des Enteignungsverfahrens für alle Baugrundstücke.

4. Weitgehender Mieterschutz durch Ausbau des neuen Mieterschutzgesetzes. Demokratisierung der Hausverwaltung durch Einräumung des Mitbestimmungsrechtes an die Mieter bei Festsetzung der Mietpreise und der Mietvertragsbestimmungen, sowie bei der Kontrolle der Instandhaltungsaufwendungen. Einleitung von mit diesen Befugnissen ausgestatteten Mieterausschüssen.

5. Sofortige Wiederverneuerung des Wohnungsbaugesetzes und Anfordergesetzes für die Dauer der Wohnungsnot.

6. Errichtung von Wohnungsamtern aller Instanzen, Verräumung mit der Aufsicht über das gesamte Wohnungs- und Siedlungswesen; Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.

7. Sofortige Freimachung aller für militärische Zwecke in Anspruch genommenen städtischen Objekte und Freigabe derselben für Wohnzwecke.

### Inland.

#### Endlich eine Stimme gegen die tschechische Straßentafelpolitik.

Die Frage der Straßentafeln, der Speisekarten in den Gastwirtschaften usw. bildet eine stete schwere Frage der tschechischen Presse. Bald entdeckt die „Narodni Demokracie“ die staatserschütternde Tatsache, daß irgendwo in einem deutschen Gasthaus die Speisekarten nur deutsch gehalten sind, bald hält die „Narodni Politika“ eine deutsche Straßentafel in Eger für eine Provokation der in Pardubitz wohnenden Tschechen, bald erinnert sich der „28. Rijen“ an die Aufschrift einer deutschen Schule in Prag, die unerhörterweise auch deutsch ihren Bestand anzeigt oder es entdeckt gar vor einiger Zeit ein Blatt, daß auf der A. T. C. die Alettaaufschriften nur deutsch waren. — Jetzt, im fünften Jahre dieser kleinlichen Hezereien, findet sich endlich ein Blatt, die tschechisch-sozialdemokratische Brünner „Straz Socialismu“, welches es wagt, den nationalistischen Hitzköpfen entgegenzutreten. Das Blatt schreibt:

„Die Tafeln bilden bei uns das Schlagwort des Tages und dessen Hauptfrage. Eine Stadt, die für die Republik so wichtig ist, wie zum Beispiel „Znam“, kann eine Vergrößerung des Bahnhofes, die Auffüllung von Reizhäusern, die Errichtung eines Hauptzollamtes, einer günstigen Eisenbahnverbindung nicht erreichen, dafür sind aber in dieser tschechisch-deutschen Stadt die Bahnhofsaufschriften tschechisch, französisch und auch ein wenig deutsch. In Lundenburg, der Ausgangsstation nach Vesterreich, sind die Aufschriften nur tschechisch und französisch. In den gemischten und auch rein deutschen Gegenden der Republik wird ein hartnäckiger Kampf um die Straßentafeln und — was die Hauptsache ist — darum geführt, ob der tschechische Text an erster oder zweiter Stelle stehen soll. Gastwirtschaften, die nie ein Tscheche betritt, müssen tschechisch-deutsche Speise- und Preislisten haben, mag auch die tschechische Sprache noch so verstümmelt sein. Niemand möge sagen, daß durch diesen Tafelkrieg, durch diese kleinlichen Sticheleien, die Ehre unserer Nation wächst. Möge

niemand sagen, daß wir dadurch an Ernst gewinnen und die Staatsautorität etwa festigen. Im Gegenteil, dieser Tafelkrieg macht uns als selbständige und herrschende Nation lächerlich und seit jeher wurde das Ausgelachtwerden schwerer gefühlt als eine Niederlage. Der Aufmerksamkeits des Staates und seiner Beamter entgegen, wenn sie um solche Kleinigkeiten sorgen, ernstere und staatswichtigere Dinge, wovon wir uns täglich überzeugen können.“

Wenn diese Zeilen des „Straz Socialismu“ die erste Stimme der Vernunft waren, der bald andere folgen, so konnte man die beginnende Einsicht, dieses leise Erwachen aus dem ärgsten nationalen Taumel, nur freudig begrüßen.

**Diner-Dénes und der tschechoslowakische Militarismus.** In unserer Nummer vom 9. August waren wir gezwungen, die Parteipublizistik auf den neuesten Vordröner des tschechoslowakischen Militarismus, Josef Diner-Dénes, aufmerksam zu machen. Auf diese Notiz antwortet nun der Genannte in folgendem Schreiben:

Mit Bezug auf die in Nr. 184 des „Sozialdemokrat“ am 9. d. M. erschienenen Notiz „Der neueste Klopffechter des tschechischen Militarismus“ bitte ich, folgenden Zeilen in ihrem wertvollen Raum zu geben.

1. Ich bin nach wie vor nicht nur meiner Ueberzeugung, sondern auch meiner Parteigehörigkeit nach Sozialdemokrat und damit selbstverständlich Gegner des „Militarismus“, wie das am klarsten aus meinem Artikel „Militarismus“ hervorgeht, der am 8. d. M. in der „Prager Presse“ erschienen ist.

2. Es ist wahr, daß gleich vielen anderen sozialdemokratischen ungarischen Emigranten, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, auch ich mich zum Teil kaufmännisch betätigte. Auch war ich vom Frühherbst 1920 bis Herbst 1921 politisch fast inaktiv, nehme aber seither am politischen und Parteileben eifrig teil.

3. Ich habe mich niemals, sei es mündlich, sei es schriftlich, über den tschechischen Militarismus geäußert, weder zustimmend noch abfällig, wie es der Verfasser der hier in Frage stehenden Notiz andeutet. Ich tat dies nicht, gemäß einem altungarischen Rechtsgrundsatz, der lautet: „de strugis, quae non sunt, nulla fiat mentio“. (Von Streitigkeiten, die keine sind, möge keine Erwähnung geschehen. D. Red.). Sollte der Verfasser der Notiz es besser wissen, möge er meinem Gedächtnis zu Hilfe kommen.

4. Daß mich der Verfasser der Notiz einen „Klopffechter“ nennt, also einen Menschen mit unlauteren Motiven und überdies meinem Artikel „besondere Gründe“, also offensichtlich materielle Gründe unterschiebt, dagegen mich zu verwahren, habe ich wirklich nicht nötig. Gegen solche Angriffe schützt mich nicht nur meine, leider schon viele Jahrzehnte lange Vergangenheit, sondern auch meine Gegenwart.

Daß Diner-Dénes nach seinem Artikel in der „Prager Presse“ vom 8. August ein Gegner des Militarismus ist, wird ihm niemand trotz seiner Beteuerung glauben, der den Artikel aufmerksam gelesen hat und wir sind gern bereit, den Wunsch des Einsenders, seiner Vergeßlichkeit ein wenig nachzugeben, zu erfüllen. Diner-Dénes setzt in dem Artikel der „Prager Presse“ ausführlich auseinander, daß „von einem Anwachsen des Militarismus in Europa... bei sachlicher Prüfung keine Rede sein“ könne. Er erzählt da — wie er glaubt, hat er eine neue Philosophie entdeckt — daß der Militarismus nicht durch die Anzahl der Kanonen und Gewehre gekennzeichnet sei, die ein Staat besitze, sondern durch den „Geist“, der im Militär, insbesondere im Offizierskorps herrscht und fährt dann wörtlich fort:

„Am allerwenigsten ist aber von dem weiter oben gekennzeichneten „Militarismus“ in der Tschechoslowakei zu verspüren. Soviele Männer

auch alle diese Länder unter Waffen halten und so eifrig sie auch an ihrer Ausrüstung arbeiten, sind sie doch alleamt durch und durch bürgerlich und ganz und gar nicht militaristisch.“

Jeder Unvoreingenommene wird den Sinn dieser Worte verstehen. Welchen Zweck hat es denn, wenn in einem von Waffen starrenden Europa der Nachkriegszeit, da Frankreich ein größeres Heer als 1914, da Polen und die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien relativ größere Heere unterhalten als das alte Österreich und Deutschland, da wir täglich von neuen Tanks und Giftgasen hören, da die chemische Wissenschaft immer neue todbringende Mittel erfindet, die in den Dienst des Militarismus gestellt werden, da die genannten Länder finanziell und wirtschaftlich durch die großen Militärausgaben leiden, eine solche Sprache geführt wird, wie es Diner-Dénes tut? Wir deutschen Sozialdemokraten führen in unseren Versammlungen und Zeitungen einen niemals erlahmenden Kampf gegen den Militarismus, in tschechischen sozialistischen Kreisen regen sich schon vereinzelt die Stimmen gegen die gewaltigen Militärausgaben, die uns wirtschaftlich schwer schädigen, und nun tritt in einem Blatte der Regierung ein Genosse, denn als solcher bezeichnet sich Diner-Dénes, auf, und lehrt die herrschenden Kreise, daß der tschechoslowakische Militarismus gar kein Militarismus ist. Was soll denn im Munde eines Marxisten die Unterscheidung zwischen dem Geist des Militarismus und den militärischen Institutionen? Glaubt Diner-Dénes nicht, daß dieser Geist naturnotwendig aus den ins Uferlose gehenden Rüstungen hervorsticht, nicht neuerlich drohend sein Haupt erhebt und die Welt mit Untergang bedroht? Weiß denn Diner-Dénes nicht, der sich in der Politik ein paar Jahre umgesehen und der nicht einmal die Einschulbildung für sich hat, naiv zu sein, daß er mit seiner neuesten Philosophie den Militaristen bei uns zulande und überall in der Welt zu Hilfe kommt? Die Antwort auf diese Frage ist für uns derart von allen Zweifeln frei, daß wir nicht den geringsten Grund haben, irgend etwas von dem, was wir gesagt haben, zurückzunehmen. Wir werden auch weiterhin unsere journalistische und sozialistische Pflicht erfüllen, indem wir Ansichten wie die von Diner-Dénes kritisch beleuchten, so wie dies notwendig ist.

**Politische Auferstehung eines abgetakelten Ministerpräsidenten.** Dr. Cerny, der jetzt das Amt eines Präsidenten der politischen Landesverwaltung von Mähren einnimmt, ist auch mit der Oberaufsicht über die politischen Bezirksverwaltungen in Böhmen, Mähren und Schlesien betraut. Nach seinem Abgang als Ministerpräsident konnten sich die tschechischen sozialistischen Parteien an der Kritik gegenüber Cerny nicht genug tun, sie bezeichneten ihn als politisch Toten, der sich nirgends mehr zeigen dürfe. Wie Herr Dr. Cerny die politischen Verwaltungen inspiert, erfährt man aus einer Meldung der „Narodni Politika“, in der es heißt, daß er dagegen einschritt, daß die Messverwaltung und die Gemeinde in Reichenberg angeblich in provokatorischer Weise die Staatsprache „misachteten“. — Das geschah dadurch, daß die Messleitung die feierliche Eröffnung unterließ, weil sie die Staatsprache nicht gebrauchen wollte. Eine Beschuldigung, die übrigens von der Messleitung bestritten wird. — Der schwarzgelbe Cerny aus dem Jahre 1916 und 1917, der damalige Schrecken der Brünner Bevölkerung, der den tschechischen „Hochverrat“ aufsprühte und versoff, als Schächer der tschechischen Sprache im Jahre 1923, bietet ein gar drolliges Bild. Vom „treuen“ schwarzgelben Patrioten zum rot-weiß-blauen „Narodovec“ war für ihn kein weiter Weg.

**Verbot der Unterstützung notleidender reichsdeutscher Kinder!** Der Bezirksverwaltungskommission in Bensen ist unter dem 26. Juli

folgender Erlass des Landesverwaltungsaußschusses zugekommen: „Der Landesverwaltungsaußschuß in Prag hat in seiner am 18. Juli 1923 abgehaltenen Sitzung beschlossen, den Beschluß der Bezirksverwaltungscommission in Bensen vom 25. Jänner 1923, betreffend Bewilligung einer Spende von 125 Kronen aus Bezirksmitteln für die notleidenden Kinder im Deutschen Reich, nicht zu bewilligen, weil die Bezirksverwaltungscommission dadurch die Grenzen ihrer Kompetenz überschreitet, welche im Paragraphen 50 des Gesetzes über die Bezirksvertretungen, der bestimmt, daß in den Wirkungsbereich der Bezirksvertretung alle inneren, die gemeinsamen Interessen des Bezirkes und seiner Angehörigen betreffenden Angelegenheiten gehören, festgesetzt sind.“

### Die Konferenz der Interparlamentarischen Union.

In der Zeit vom 15. bis 17. August fand in Kopenhagen die 21. Konferenz der Interparlamentarischen Union statt. Die Institution der interparlamentarischen Union hat eine längere Geschichte, die bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts zurückreicht, aber ihre organisatorische Gestaltung hat sie erst allmählich gefunden und ist zur Formulierung ihrer Aufgaben erst ganz wenige Jahre vor Ausbruch des Krieges gelangt. Sie hat auf die Errichtung des ständigen Schiedsgerichtshofes auf der ersten Haager Konferenz Einfluß genommen, die Initiative zur Berufung der zweiten Konferenz von Haag ergriß und für diese den Musterschiedsvertrag ausgearbeitet. In den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges trachtete die Union eine größere Wirksamkeit für die interparlamentarische Arbeit zu erzielen, insbesondere die Zahl ihrer Gruppen zu vermehren. Bis zum Jahre 1914 zählte sie mehr als ein Drittel der aktiven Parlamentarier in den Staaten, in denen sie vertreten war, zu Mitgliedern. Aber die Verschiedenheit der Zusammensetzung der Parlamente schwächte ihre praktische und moralische Bedeutung und reduzierte ihre Wirkung auf eine mehr oder weniger rednerische und propagandistische Betätigung. Der Krieg unterbrach natürlich die Tätigkeit vollständig. Jede gegen den Krieg gerichtete Tätigkeit wäre unmöglich gewesen, man begnügte sich damit, durch Uebernahme des Bureau der Union in das neutrale Kristiania die Aufrechterhaltung der formellen Beziehungen zu ermöglichen. In der Errichtung des Völkerbundes sieht die Union die Anerkennung und Verwirklichung ihrer in den Beschlüssen früherer Konferenzen niedergelegten Bestrebungen, besonders was die durch den Völkerbund geschaffene obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, die obligatorische Vermittlung, die Errichtung des internationalen Gerichtshofes anbelangt. Seit Beendigung des Krieges fanden in Genf, Stockholm und Wien Konferenzen statt, die die bescheidene Tätigkeit dieses internationalen Parlamentarismus wieder aufnahmen.

Die diesjährige Konferenz weist einen starken Versuch auf; insbesondere sind es die kleinen Staaten, die eine große Vertretung gesendet haben. Auch unsere Partei ist durch acht Abgeordnete (die Genossen Hollischer, Taub, Hirsch, Haas, Hausmann, Krjmann, Raib, Padenberg) und durch sechs Senatoren (die Genossen Link, Feder, Löw, Polach, Friedrich, Heller) vertreten. Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig; sie erstreckt die Fragen der parlamentarischen Kontrolle der auswärtigen Politik, der Kolonialmandate, der Abrüstung, der Rechte und Pflichten der nationalen Minderheiten, der Schaffung eines internationalen Hilfswerkes zur Unterstützung der durch schwere Unglücksfälle heimgeführten Bevölkerung.

Nach Eröffnung der Sitzung durch ihren Präsidenten der Tagung, den dänischen Abgeordneten

### Berliner Not.

In unserem Hause wohnt ein alter Professor a. D. Als ich gestern aus dem Reichstag kam, traf ich ihn am Brandenburger Tor. Unter dem linken Arm eine schwere Tasche mit biden Büchern, in der rechten Hand eine offene, halbgelüllte Büchse Kondensmilch, versuchte er seine ausgegelmte Gestalt über die Straßenzugung zu balanzieren. — „Denken Sie“, erzählte er mir freudbestrahlend, „mein ehemaliger Schuldiener hat mir eine halbe Büchse kondensierte Milch geschenkt. Hoffentlich bringe ich sie gut nach Hause. Das soll ja jetzt eine Kostbarkeit sein!“ — „Aber, warum nehmen Sie denn nicht die Straßenbahn, Herr Professor?“ — „Oh, ich gehe den kleinen Weg ganz gerne zu Fuß, und außerdem — wer kann sich denn heute noch eine Straßenbahn leisten.“ — Der „kleine Weg“ dauert, wendbei bemerkt, eine und dreiviertel Stunden.

Die Berliner Maler haben jetzt einen neuen Weg gefunden, um Geld zu verdienen. Sie verkaufen ihre Bilder auf der Straße, so wie Hausierer Hosenräger oder Porzellankitt verkaufen. Ein junger Landschaftler, recht begabt und auf vielen Ausstellungen recht erfolgreich vertreten, hat sich in der Wilhelmstraße, nahe dem Hotel Adlon, etabliert. Auf einem Handwagen fährt er seine „Kollektion“ am Vormittag nach seinem Stand, lehnt die Bilder gegen die Hausmauer und wartet auf Käufer. Mittags bringt ihm seine Frau (die am Abend Kassiererin in einem Kobarett ist) das Essen. Am Abend schleicht er seine fliegende Ausstellung. Man machte ihm den Vorwurf, daß er seine Bilder weit unter dem Wert verkaufe. Man müsse leben, meinte er, und zum Schließen reiche sein Talent leider nicht aus.

Vor einigen Tagen erhielt ich eine Einladung zu einem Gesellschaftabend des Klubs Grün-Violett. Abendanzug Vorschrift. — Der Klub tagte in dem kleinen Saal eines der vornehmsten Berliner Hotels. Eine berühmte Tanzkapelle spielte. Und die jungen Herren und Damen der „Gesellschaft“ tanzten. Man spürte hier nichts von Ruhrbefehung und den anderen Leiden unseres großen Vaterlandes. Herren und Damen interessierten sich lediglich für den „Kamelschritt“, den man jetzt trainieren müsse, da er die wichtigste Grundbewegung des modernen Gesellschaftstanzes sei. Er sei gar nicht einfach, dieser Kamelschritt. Man müsse den Ballen aufheben und dann nach der Fußspitze wippen. Auf diese Weise entstehe der wunderbare nach oben gehende Rhythmus des modernen Tanzes. Ferner müsse man jetzt darauf achten, daß der Körper möglichst ruhig beim Tanzen bleibe. Nur ein kleines „degeneriertes“ Zichneigen bei verschiedenen Pas. Wie überhaupt die neueste Mode für den Gesellschaftstanz möglichst weiche Bewegungen vorschreibe. — In der Zwischenzeit erfuhr ich noch, daß man Effekten unter allen Umständen halten müsse und um Gottes Willen nicht Diamond-Shares verkaufen dürfe, da sie demnächst Dividenden brächten.

Männlein und Weiblein waren außerdem in fieberhafter Aufregung, da sich der Reichsverband für Langsport mit dem Reichsturnierverband nach langem Konflikt gereinigt hätte und in den nächsten Tagen das erste große Turnier um die Meisterschaft von Berlin stattfände. Dieses Turnier sei von sensationeller Bedeutung und es schien mir, als wenn Deutschlands Zukunft davon abhinge, wie dieses Turnier ausfällt. Und so tanzten sie denn auch und übten den Kamelschritt und das degenerierte Zichneigen mit gewaltiger Energie.

Als man dann ganz spät auf die Straße trat, noch Tanzmusik in den Ohren, gestellte irgendwo die Stimme eines Zeitungsverkäufers. — Aber so laut und gellend auch diese Stimme durch die Nacht hallte, sie wurde erdödet von dem Raunen der Gestalten an den Straßenzugungen: „Nachtsokal gefällig?! — Spielklub, Roulette, Baccarat? — Nachtanz — — — Cocain?!“

Das ist die wahre Berliner Not, die schwerste Not dieser Zeit.

### Was das Schälchen lagen darf und was nicht!

Eine Fabel von Lisa Wenger.

Ein junges Schaf lief an der Seite des Böckleins glücklich über die Wiese. Es schmeckte seine feuchte Schnauze dicht an die Nase seines Gefährten und die Vöcklein ihrer weichen, wolligen Fleckel kräuselten sich ineinander. Das sah das Schäflein, das artig neben seiner Mutter graste.

„Frau Mutter, ich will auch heiraten“, sagte es, „heiraten ist ein schönes Ding!“ Bedächtig sah das Schaf auf sein Junges.

„Wie man's nimmt“, sagte es, „aber schön oder nicht schön, ein wohlherzogenes Schäfchen sagt nie, daß es gern heiraten möchte!“

„Frau Mutter, ich denke es aber!“

„Denke es so viel du willst, Schäfchen, aber sage es nicht. Als ich jung war, wäre es keinem von uns eingeschlagen, vom Heiraten zu reden.“

„Aber geheiratet habt ihr doch alle!“

„Natürlich! Selbstverständlich! Aber das ist etwas anderes als davon reden.“

„Ist“, sagte sie. „Da habe ich neulich erleben müssen, daß zwei halbwichsige Ziegen von ihren zukünftigen Jungen sprachen.“

„Ja, darf man das auch nicht?“ fragte das Schäflein, „darum heiratet man ja eben, um Junge zu kriegen.“

„Schweig“, schrie das Schaf erschrocken.

„Pst, Pst, Pst“, mahnte die Ziege.

„Ich kann nur etwas nicht begreifen“, fing das Schäfchen wieder an. „Neulich sagte ich, ich wolle nicht heiraten, es sei lustiger so, als wenn man sich ewig um seine Jungen kümmern müsse, und nie springen könne, wohin man wolle. Da haben mich alle gescholten und haben gesagt, das sei die Bestimmung eines Schafes, Mutter zu werden, und die Natur habe es so gewollt. Und der Herr Vater hat mir gesagt, ich sei ein ganz entartetes Lamme, und kein Vöcklein werde mich je heiraten wollen, wenn ich eine solche Bestimmung hätte. Und jetzt werde ich wieder gescholten und habe doch die richtige Bestimmung.“ Das Schäflein mähte kläglich.

„Kind“, sagte die Alte, „das ist eine verwickelte Sache. Sagst du, du habest keine Lust zum Heiraten, es sei dir unbequem und du wollest deine Freiheit wahren, so fallen alle männlichen Schafe über dich her. Sagst du, du möchtest gern heiraten, die weiblichen. Sagst du aber, du freust dich auf deine Jungen, so nennen dich die Mutterchafe schamlos, und sagst du, du hättest lieber keine, so schütteln alle die Köpfe, die männlichen und die weiblichen, die alten und die jungen. Darum Schäfchen, sei klug. Schweig! Denken kannst du, was du willst.“ Die alte Ziege nickte.

„Du hast eine kluge Mutter“, sagte sie. Das Schäfchen beherzigte der Mutter Lehren. Stand es künftig bei den alten Schafböden, so schlug es die Augen nieder und sagte, die Bestim-



Wolfe, Begrüßung durch den dänischen Minister Reergard und geschäftlichen und formellen Mitteilungen wird zum ersten Punkte der Tagesordnung (parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik) geschritten. Das Referat hierüber hat der Wiener christlichsoziale Abgeordnete Dr. Mataja. Seine Rede war die Aneinanderreihung von Gemeinplätzen und gipfelte in der Resolution, die Interparlamentarische Union möge das weitere Studium dieser Frage einem ständigen Ausschusse für Rechtsfragen übertragen, die dann der nächsten Konferenz darüber einen Bericht zu erstatten hätte. An der Debatte über diesen Punkt beteiligten sich Mowinkel (Norwegen), der darauf verwies, daß sich das norwegische Parlament Sicherungen gegen die Gefahren einer unverantwortlichen auswärtigen Politik erobert habe, und Lindhagen (Schweden), der die Erziehung der Parlamentarier und der öffentlichen Meinung zum Friedensgedanken verlangte, wenn die Kontrolle der auswärtigen Politik durchs Parlament das von den Kriegsgegnern gewünschte Ziel erreichen sollte.

Zum nächsten Punkte der Tagesordnung: die Kolonialmandate und der Völkerbund referierte der holländische Sozialist van Kol, der sich als Kämpfer der Kolonialgreuel seit Jahrzehnten einen verdienten Namen erworben hat. In einer Resolution gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß die Mandatarmächte ihre „heilige zivilisatorische Aufgabe“ zu erfüllen verstehen und durch die Schaffung der Mandate zur Förderung der Solidarität der Welt und zur Erhaltung des Friedens beitragen werden. In der Debatte sprachen der reichsdeutsche Abgeordnete Gohren, der gegen die Anschuldigung der Deutschen von den Kolonialmandaten protestierte und die deutsche Kolonialpolitik der Vergangenheit in eine möglichst freundliche Beleuchtung rückte, und Gen. Dr. Hollischer, der in einer temperament- und wirkungsvollen Rede das soziale und sittliche Verbrechen des Alkoholhandels in den Kolonien auf das schärfste geißelte. Seine Ausführungen, die eines der schlimmsten Verbrechen der kapitalistischen Kolonialpolitik gegen die Kolonialvölker aufdeckte, fanden den Beifall der ganzen Konferenz und die Zustimmung im Schlußwort des Referenten.

Das tschechoslowakische Presbüro verbreitet folgenden „Bericht“:

In der interparlamentarischen Konferenz begann Donnerstag die Debatte über das Referat des Schweizer Usterri, betreffend die Minoritätsprobleme und die eine Proklamierung der Rechte und Pflichten der nationalen Minderheiten vorschlagenden Resolutionen.

Neben vielen Rednern verschiedener Staaten hatten sich aus der Tschechoslowakei Abg. Medinger, Senator Sella und Abg. Uhlir am Worte gemeldet. Dr. Medinger empfahl die vorgeschlagenen Resolutionen, durch welche der kritische Zustand einiger Minderheiten, insbesondere der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei und in Italien, gebessert werden soll.

Dr. Sella brachte eine Reihe von Beschwerden gegen Unterdrückungen der Deutschen in der Tschechoslowakei vor, welchen Hunderte von Schulen aufgehoben wurden.

Dr. Uhlir protestierte gegen die Reden der deutschen Delegierten aus der Tschechoslowakei und Deutschland, welche die Kühnheit hatten, die Union zu Angriffen auf den Völkerbund, Frankreich, Italien und andere Staaten zu benutzen, und zwar in einer mit den Zwecken der Union als einer der internationalen Frieden antretenden Weltinstitution unvereinbaren Weise. Die Deutschen haben mehr Leidenschaft als Verstand und Takt, der in einer guten Gesellschaft geboten ist, betonte. Redner fragte die Versammlung, ob sie aus der Union einen Salon der Juridizierten, eine Gesellschaft der Unzufriedenen

und eine Vereinigung gegen den Völkerbund in Opposition stehenden machen wollen. Wir sind überzeugt, daß der Völkerbund ein demokratischer Bund ist. Wenn die Union eine dem Völkerbund oppositionelle Institution sein sollte, dann wären die Tschechoslowaken und auch alle unsere politischen Freunde, Franzosen, Rumänen und Polen, in dem Gedanken einig, daß die Union eine Gesellschaft sei, welche man lieber meide. (Beifall.)

Redner widerlegte sodann eingehend die Ausführungen Dr. Sella und der anderen Redner und setzte den rechtlichen Zustand der Minoritäten in der Tschechoslowakei auseinander. Er schloß seine Rede mit der gemeinsamen Erklärung der rumänischen Gruppe und der Majorität der tschechoslowakischen Gruppe, daß die Proklamierung der Rechte und Pflichten der nationalen Minderheiten die Tschechoslowakei nicht betrifft, welche in der Verfassung und der Verwaltung lokal alle Pflichten gemäß den internationalen Verträgen erfüllt. Die Paritätskommissionen für Minoritätskonflikte werden den Gegenstand von Erörterungen bilden. Die Schaffung einer besonderen ständigen Minderheitskommission beim Völkerbunde ist eine Angelegenheit des Völkerbundes. (Beifall.)

Diese tendenziöse Macho verbreitet die auch mit den Steuergeldern vieler Millionen Staatsbürger, die nicht zum Herrenvolke zählen, ausgeschaltene amtliche Nachrichtenstelle als „Bericht“. Das unparteiisch sein sollende Presbüro unterschlägt — wahrscheinlich weiß es, warum! — die Reden und Anklagen, die die Konferenz aus dem Munde der tschechoslowakischen Minoritätenvertreter vernommen, es unterdrückt — wohlweislich — die Resolutionen, die die Beschwerden und Forderungen von Millionen Entrechteter und Unterdrückter enthielten, dafür aber wird uns der Herr Uhlir in seiner prachtvoll gespielten, mit fastiger Entrüstung gefüllten Kraftmeisterei vorgeführt, sicherlich eine grandiose Leistung, die dem Herrn Delegierten im gleichen Maße überall einen Heiterkeitserfolg sichert, wie sie die Einseitigkeit dieses offiziellen tschechischen Nachrichtenendienstes festmacht.

**Ausland.**

**Versuche einer Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien aller Nationen in Polen.**

Auf Vorschlag des Nationalrates der polnischen sozialistischen Partei fand in diesen Tagen eine Konferenz der sozialistischen Parteien aller Nationen, die Polen bewohnen, statt, um über eine eventuelle Zusammenarbeit zu beraten. An der Konferenz beteiligten sich außer den Vertretern der polnischen Partei die Vertreter des Bundes (das ist der jüdischen sozialdemokratischen Partei), der deutschen sozialdemokratischen Partei von Kattowitz und Biely und schließlich Vertreter der Deutschen Arbeiterpartei von Lodz. Von der Teilnahme an der Konferenz wurden die Kommunisten ausgeschlossen. Das Ergebnis der Verhandlungen wird wahrscheinlich die Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Erhaltung des Kontaktes zwischen den Parteien sein. Die polnische sozialistische Partei will auch die Anbahnung von Beziehungen zwischen den ukrainischen und weißrussischen Sozialdemokraten herbeiführen. Nach dem Referat, welches über die Versuche der polnischen sozialistischen Partei Abgeordneter Niedzialowski erstattete, steht der Annäherung zu diesen Parteien der Umstand im Wege, daß die sozialistischen weißrussischen und ukrainischen Abgeordneten in gemeinsamen parlamentarischen Klubs mit den bürgerlichen Abgeordneten ihrer Nationalität sitzen. Die polnischen Sozialisten erwarten, daß bei der Annäherung der polnischen und ukrainischen Sozialdemokraten, die in Prag wohnenden ukrainischen Sozialdemokraten behilflich sein werden. Die parlamentarische Fraktion der polnischen Sozialisten bereitet angeblich einen Gesetzentwurf über die Schaffung der Autonomie für die ukrainischen und weißrussischen Gebenden vor. Diese Frage soll dem Kongreß der polnischen Partei, der für den 1. November nach Krakau einberufen ist, vorgelegt werden.

An diese Meldung, die wir dem „Bravo Libu“ entnehmen, knüpft das Blatt folgende Bemerkung: „Der Versuch der polnischen Genossen nach Lösung der nationalen Frage Polens verdient gewiß Beachtung.“

Wir sind derselben Anschauung, und freuen uns darüber, daß die sozialistische Partei Polens einen wichtigen Schritt endlich unternommen hat, um das Zusammenwirken der sozialistischen Parteien der verschiedenen Nationen in Polen zu erzielen. Dieser Versuch verspricht auch Erfolg, weil die Initiative hierzu von der größten Partei, der polnischen sozialistischen Partei, die im herrschenden Staatsvolke wirkt, ausgeht. Leider hat die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei seit Bestand der Republik einen ähnlichen ersten Versuch, die sozialistischen Parteien der verschiedenen Nationen in der

Tschechoslowakei zum gemeinsamen Beratungstisch zusammen zu bringen, noch nicht unternommen. Doch wäre es ihre Pflicht als die der größten sozialistischen Partei, die ähnlich wie die polnische der herrschenden Nation angehört, einen derartigen Schritt zu unternehmen. Freilich gehört die polnische sozialistische Partei, nicht so wie die tschechische, einer Koalition mit bürgerlichen Parteien an, sie nimmt an der Staatsverwaltung keinen Anteil, so wie die übrigen sozialistischen Parteien Polens, die sich in Opposition befinden.

**Polens Entdeutschungspolitik.**

Noch ist die Diskussion über die Deutschen ausweisungen in Polen nicht verstummt und schon ist von einer neuen Unterdrückungsmaßnahme der polnischen Behörden gegen das Deutschtum zu berichten. Der Deutsche Turnerbund in Bromberg, der Deutsche Schulverein, die Interessengemeinschaft der wertstetigen Bevölkerung und einige weitere kulturellen, geselligen und Unterstützungszwecken dienenden Organisationen der Deutschen in Polen sind behördlich geschlossen worden. Das Triumphegeheul der nationalistischen Presse in Polen einschließlich des „Journal de Pologne“ in Warschau, eines Ablegers des französischen Ultraradikalismus, vertrat auch dem Unkundigen Ursache und Zweck dieser Maßnahmen. Es gilt, die Entdeutschung Polens wieder ein Stück zu fördern. Die peinlichen Hausdurchsuchungen, die die Schließung der genannten Deutschhumsorganisationen begleiteten, sollen den Beweis der Verbindung dieser Organisationen mit deutschen Regierungsstellen liefern. Öffentliche Beweise sind für diese Behauptung bisher nicht geliefert worden. Die deutsch-polnischen Beziehungen sind nichts weniger als gut. Der polnische Außenminister, Herr Seyda, scheint, um ein tschechisches Blatt zu zitiieren, tatsächlich die Forderung Polens als Ziel anzustreben. Der Tschechoslowakei und den Balkanstaaten gegenüber hat er eine merkwürdige Abtötung der Beziehungen zu Polen bereits erreicht, und fast tragikomisch ist es, daß zu gleicher Zeit mit einer angestrengten französischen Liebedienerei in Warschau der französische Senat dem 400 Millionen-Darlehen für polnische Heereszwecke Schwierigkeiten macht. Deutschland gegenüber, das seit fast einem Jahre geduldig die deutsch-polnischen Verhandlungen weiterführt, ist der neueste Schlag gegen das Deutschtum in Polen, drei Tage nach der scharfen deutschen Protestnote in der Ausweisungssache, eine Herausforderung, zumal wenn man dagegen hält, wie ungehörig der Ausbau des „Bundes der Polen in Deutschland“ und des Netzes polnischer Vereine in Ostpreußen vor sich geht. Zwar regen sich in der unabhängigen und in der sozialistischen Presse in Polen neuerdings Stimmen, die davor warnen, Polen auf Beleid und Verderb mit der Politik Poincarés zu verbinden. Aber leider sind diese Stimmen bisher nicht entfernt in der Lage, die offizielle Politik Polens und die Praxis seiner Behörden zu beeinflussen.

**Der Verständigungswille in Deutschland.**

Die Notwendigkeit direkter Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ist eine Forderung des Tages. Die Bedingungen, unter denen sie vor sich gehen könnten, werden vom parteiamtlichen Sozialdemokratischen Pressedienst folgendermaßen skizziert: „Deutschland will die Verständigung und ist bereit, unter großen Opfern, aber auf ehrlicher Grundlage dem gegenwärtigen Zustand an der Ruhr ein Ende zu machen. Darüber muß man sich jedoch auch in Frankreich klar werden, daß die deutsche Verständigungsbereitschaft nicht mit Worten, sondern nur durch Taten ausgenutzt werden kann. Man spricht davon, daß Poincaré jetzt bereit ist, als Entgegenkommen für die Aufhebung des passiven Widerstandes die Besetzung unsichtbar zu machen, ohne jedoch die Erklärung dafür zu geben, was darunter zu verstehen ist. Bedeutet „unsichtbarmachung“ außer Zurückziehung der Truppen aus den Industriegebieten auch eine Verminderung ihrer Zahl und ist darunter ferner zu verstehen, daß die Ausgewiesenen in ihre Heimat zurückkehren dürfen, den Gefangenen die Freiheit wiederzugeben wird und schließlich jene Verordnungen zurückgezogen werden, die produktionshemmend wirken? Wir haben viel Verständnis dafür, daß die französische Regierung bei der Stimmung ihres Volkes auf das Prestige Rücksicht nehmen muß, aber man sollte darüber hinaus in Frankreich doch nicht vergessen, daß unser deutsches Volk auch noch eine nationale Ehre besitzt. Die Möglichkeit zur Verständigung ist gegeben, sobald Frankreich erkennen läßt, daß es bereit ist, als Entgelt für seine Forderung auf Verzicht der passiven Abwehr Zugeständnisse zu machen, auf die selbst ein gedemütigtes Volk nicht verzichten kann. Schon jetzt ist die Gelegenheit, diesen Schritt vorzubereiten. Noch werden die Verordnungen der Besatzungsmächte im Ruhrgebiet in einer Art durchgeführt, die nicht human zu nennen ist. Täglich kommen Klagen über die Besatzung der Bevölkerung und sonstige Vorgänge, die selbst mit den Anordnungen der französischen Regierung nicht im Einklang stehen. Das muß aufhören — und das kann aufhören, wenn die französische Regierung schon jetzt reinlichste Zurückhaltung der Truppen gegenüber der Bevölkerung anordnet und hierüber selbst wacht, schließlich aber auch die Durchführung ihrer Verordnungen im allgemeinen stillschweigend verzichtet.“

**Letzte Nachrichten.**

**Die Not der deutschen Presse.**

Berlin, 17. August. (Eigenbericht.) Die riesigen Preissteigerungen für alle Materialien bringen die deutsche Tagespresse, soweit sie nicht vom Großkapital ausgehalten wird, in eine immer schwierigeren Situation. In der letzten Zeit mußten in immer kürzeren Zwischenräumen die Bezugs- und Anzeigenpreise hinaufgesetzt werden, was zu einer Massenflucht der Abnehmer und Inserenten geführt hat. Nachdem jetzt die Tariflöhne der Buchdrucker für die nächste Woche auf 36,5 Millionen festgesetzt worden sind, erklären die Verleger übereinstimmend, daß sie unter solchen Umständen die weitere Herstellung der Zeitungen ablehnen müssen. In Mitteldeutschland wurde bereits beschlossen, heute den Buchdruckern zu kündigen und die Betriebe stillzuliegen.

Besonders schlimm ist die Lage der Arbeiterpresse. Sie erkennt eine anständige Entlohnung der Buchdrucker als selbstverständlich an, kann aber wegen der Konkurrenz der bürgerlichen Presse ihre Einnahmen nicht so hoch steigern, daß sie ihre Ausgaben daraus decken könnte. Wenn auch die sozialdemokratischen Blätter sich bisher noch leidlich halten konnten, so wird doch eine ganze Anzahl von ihnen vom Zusammenbruch bedroht.

**Neuerliche Todesopfer.**

Nachen, 17. August. (Dadas.) Bei den bei den letzten Unruhen verwundeten Personen sind 15 ihren Verletzungen erliegen. 200 Zivilisten wurden ermächtigt, als Verstärkung in die Polizei einzutreten.

In Alsdorf ist es zwischen Kommunisten und der Polizei zu einem Zusammenstoß gekommen, wobei 8 Personen getötet und 50 verwundet worden sind.

**Ende des Streiks auch im Ruhrbergbau.**

Berlin, 17. August. (Eigenbericht.) Aus dem Ruhrgebiete wird gemeldet, daß gestern der größte Teil der Bergarbeiter die normale Arbeit wieder aufgenommen hat; heute morgens sind auf allen Schachanlagen die Belegschaften restlos zur Arbeit erschienen, nachdem in den gestrigen Belegschaftsversammlungen beschlossen worden war, die positive Haltung im Betriebe aufzugeben. Viel zur Beruhigung hat die Entspannung auf dem Lebensmittelmarkt beigetragen; wenn auch noch größere Anspannung in Kartoffeln spürbar ist, so ist doch andererseits eine fühlbare Preisentlastung der wichtigsten Lebensmittel eingetreten.

**Auflösung der wilden Betriebsrätezentralen.**

Berlin, 17. August. (Eigenbericht.) Die vom preussischen Innenminister veranlaßte Auflösung der wilden Betriebsrätezentralen, die offen zum Sturz der Verfassung aufforderten, soll von den Kommunisten zu einer Aktion gegen die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften ausgenutzt werden; zunächst veranstalten sie Protestversammlungen, denen die Einleitung eines neuen Feldzuges folgen soll. Von einem Generalfreik dürfte man wohl Abstand nehmen, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Arbeiter nach den traurigen Erfahrungen der letzten Tage sich so schnell wieder von den Kommunisten für ihre Parteizwecke mißbrauchen lassen werden.

**Nachrichten aus dem Reich.**

Berlin, 17. August. Blättermeldungen aus Essen zufolge ist dort seit gestern eine merkliche Besserung der Streiklage eingetreten. Auf den Essener Zechen wird zum überwiegenden Teile wieder voll gearbeitet. — Auf den Gruben in Rothenburg wurde die Arbeit restlos wieder aufgenommen. Im Kreise Waldenburg sind die Belegschaften des unteren Revieres wieder restlos, des oberen zum Teile eingefahren. Die Arbeiter der Textil- und der keramischen Industrie im Kreise Waldenburg haben die Arbeit ebenfalls wieder aufgenommen. In Plünderungen ist es in der Provinz nur vereinzelt geschehen. — Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ aus Stettin sind dort gestern die Werftarbeiter zur Arbeit erschienen. Der Hafnarbeiterstreik dauert jedoch noch an. — Auf den Werften wird wieder gearbeitet. Der Seebäderverkehr ist wieder aufgenommen. — Das Berliner „8-Uhr-Abendblatt“ teilt mit, daß die Reichsbank, die am Montag 10 Billionen Mark in den Verkehr gebracht hat, am Dienstag bereits über 12 hergestellt hat. Donnerstag hat die Papiergeldfabrikation den Stand von 18 Billionen erreicht. Heute sollen es sogar 19 Billionen werden. In der nächsten Woche will man die Produktion verdoppeln, so daß anfangs der nächsten Woche bereits 30 Billionen täglich hergestellt werden sollen. Der gesamte Banknotenumlauf hat jetzt den Betrag von 100 Billionen überschritten und würde Ende der nächsten Woche rund um 200 Billionen Mark mehr betragen. — Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Das „Deutsche Tagblatt“, das Kampfblatt der deutschvölkischen Freiheitsbewegung, enthält in seiner Donnerstag-Nummer überaus gehässige und beleidigende Angriffe gegen den Reichsminister Dr. Grafmann. Wegen dieser Beschimpfungen in Verbindung mit wiederholten Verunglimpfungen der republikanischen Staatsform hat der Polizeipräsident von Berlin das „Deutsche Tagblatt“ auf Grund des republikanischen Schutzgesetzes für die Dauer von zwei Wochen verboten.

mung des Schafes sei das Heiraten, und zustimmend nickten die Alten. Spazierte es mit Mutter, so erzählte es, wie sehr es die jungen Lämmer liebe und wie gern es mit ihnen spiele. Von eigenen sagte es aber kein Wort. Sprang es mit jungen Böcklein, so schwieg es wohlweislich vom Heiraten, und unterließ es sich mit Schafchen seines Alters, so nickten sie einander zu, blinzelten, wippen mit den Schwänzen. Es ging alles ganz ausgezeichnet.

„Dein Junges entwickelt sich prächtig,“ sagten die Verwandten zu dem alten Schaf. „Es kann nicht fehlen, es wird sich bald verheiraten.“ Beschreiben schwieg die Alte und laute an einem Gräslein.

Bald darauf verliebte sich das Schaflein. Und tüchtig. Da hatte es plötzlich alle Lehren seiner Mutter vergessen. Es sagte jedem offen, daß es sich entsetzlich auf das Heiraten freue, daß es mindestens ein Duzend Junge haben möchte und daß es nicht gewohnt habe, wie lieb so ein Böcklein sei. Es sagte das alles led heraus und erwartete ungeheure Schelte. Aber es kam keine.

Die Böde und Schafe aber freuten sich über das naive Schaflein.

„Frau Mutter,“ fragte es erstaunt, „wie kommt es, daß das, was ich sage, nun auf einmal nicht mehr unpassend ist?“

„Schafchen,“ sagte das alte Schaf, „das will ich dir sagen. Ehe man weiß, ob dich einer will, muß du schweigen zu allen Dingen. Will dich aber einer, so darfst du von dem Augenblick an sagen, was du willst. Auch denken. Auch tun.“

„Ich will es mir merken, Frau Mutter,“ sagte das junge Schaf und sprang lustig mit seinem Böcklein davon.



### London hofft.

London, 16. August. Reuter vernimmt, daß, obgleich in der Reparationsfrage keine neuen Gesichtspunkte zu verzeichnen seien, in gut unterrichteten Kreisen dennoch ein gewisses optimistisches Gefühl bestehe, denn man nehme an, daß ernstliche Bestrebungen im Gange sind, um die Grundlage für ein Uebereinkommen zu finden. Wahrscheinlich wird die französische Note erst Brüssel mitgeteilt werden, bevor sie nach London abgefordert wird, so daß sie hier vor Ende nächster Woche erwartet wird. Man nimmt an, daß Belgien eine gesonderte Antwort aufstellen wird.

### Jugendlück bei Brünn.

Brünn, 17. August. Heute nachmittags entgleisten bei einem Wechsel der Station Jachowitz bei Bojowiz 10 Wagen und beide Lokomotiven des Güterzuges, wobei ein Bremser getötet und ein Zugführer verwundet wurde.

## Sollen wir unsere Kinder in den Religionsunterricht schicken?

Den Beginn des Schuljahres läßt es uns wünschenswert erscheinen, die Aufmerksamkeit unserer Leser nochmals auf die wichtige Frage zu lenken, zumal der Einsender seine Gründe in so einleuchtender Weise vorbringt.

Das kleine Schulgesetz legt die Entscheidung über diese Frage in die Hände der Eltern. Wenn der Vater wünscht, daß sein Kind den Religionsunterricht nicht besuche, so braucht er dies bloß der Schulleitung in einer von ihm unterzeichneten Anzeige rechtzeitig mitzuteilen und das Kind kann den Religionsstunden fernbleiben. Es ist nunmehr Pflicht der Genossen, sich in dieser Angelegenheit ein Urteil zu bilden und — wie es Sozialisten ziemt — ihrer Ueberzeugung gemäß auch zu handeln.

Im folgenden sollen einige der Gründe erörtert werden, die für und gegen den Religionsunterricht geltend gemacht werden. Man spricht häufig von einem religiösen Bedürfnis der Kinder und es ist Tatsache, daß viele von ihnen in ihren kleinen Nöten beim „lieben Gott“ und dem „heiligen Schutzengel“ Zuflucht suchen. Sieht man jedoch genauer zu, so zeigt sich, daß keineswegs ein „innerer Drang nach dem Ueberirdischen“, sondern einfach ein Gefühl der Hilflosigkeit vorliegt, das sich in einem Bedürfnis nach Schutz und Unterstützung äußert. Wenn der Vater und die Mutter auf Erden versagen, dann heißt das Kind zum „Himmel“ Vater und „Himmel“ Mutter und sucht in rührender Kritiklosigkeit den Weltensender für seine Wünsche zu gewinnen. Wenn aber die Eltern ihre Pflicht erfüllen, wenn sie dem Kinde liebevolle Berater und opferbereite Helfer sind, dann ist im allgemeinen von „religiösem Bedürfnis“ nichts zu merken. Dann konzentriert das Kind seine Liebe und sein Vertrauen auf Vater und Mutter und fragt nicht nach überirdischer Hilfe.

Man hört weiter immer wieder vom sittlichen Wert der religiösen Erziehung. Wie sieht es nun damit? Wir wollen die Prüfung nach einer Methode versuchen, die kein Veringertes empfohlen hat als Christus selbst. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Wie schauen nun diese Früchte aus? Wer die Weltgeschichte kennt, weiß davon zu erzählen: Inquisition und Religionskriege, das Vortreiben diverser „heiliger“ Väter, die berückelte Liguori-Moral und anderes mehr von gleicher Güte! Und haben wir nicht selbst die Habgucht frommer Bauern miterlebt, die während des Krieges auf Kosten hungernder Volksgenossen reich geworden sind? Lesen wir nicht täglich in den Zeitungen vom Handel und Wandel der hohen Geistlichkeit die unerquicklichsten Dinge? Aber wir wollen nicht ungerecht sein. Es ist sicher, daß wahre Religiosität die Grundlage für eine sittliche Lebensführung bilden kann. Es fragt sich nur: 1) Wie schaut die Sittlichkeit aus, welche die Religionen von heute predigen? und 2) Welche Wahrscheinlichkeit besteht, daß religiös erzogene Kinder auch als Erwachsene religiös bleiben?

In bezug auf die erste Frage müssen wir uns darüber klar werden, daß die Moral, die von den Kanzeln gepredigt wird, mit unseren Vorstellungen von Sittlichkeit in schärfstem Widerspruch steht. Eine Sittenlehre, der das Eigentum auch bei der ungerechtesten Verteilung heilig ist; eine Sittenlehre, deren Priester die Waffen für den Weltkrieg gesegnet haben; eine Lehre endlich, die für die Armen auf Erden nichts übrig hat als letzten Endes das Einpopern vom Himmel — eine solche Lehre ist für uns unbrauchbar, ja geradezu schädlich und gefährlich. Es wirkt von diesem Standpunkt aus fast befremdend, daß auch die zweite Frage im Wesentlichen negativ beantwortet werden muß. Die Anzahl der Erwachsenen, die wirklich gläubige Anhänger der bestehenden Religionen sind, sinkt von Tag zu Tag. Aus ganz natürlichen Gründen. Die Dogmen der historischen Religionen gehören der Vergangenheit an; sie haben in der Weltanschauung eines modernen Menschen im allgemeinen keinen Raum. Ganz abgesehen davon also, daß es eigentlich eine Pseudo-Sittlichkeit ist, wenn man das Gute nicht um seiner selbst willen, sondern einem Gott zu Liebe tut, besteht die Gefahr, daß Tausende von Kindern, die religiös-sittlich erzogen wurden, beim Heranwachsen zu zweifeln beginnen und dann nicht nur den Glauben

an Gott, sondern gleichzeitig auch die sittliche Grundlage für ihr weiteres Leben verlieren.

Wollen wir, daß die Kinder der Arbeiterschaft in unserem Geiste sittlich erzogen werden, dann dürfen wir uns nicht auf den Rechteien verlassen. Da muß das Proletariat — Eltern und Erziehungsorganisationen — selbst Hand anlegen, die Kinder vor schädlichen Einflüssen zu bewahren, besonders aber durch gutes Beispiel richtunggebend auf ihre Entwicklung wirken. Sittlichkeit kann nicht erlernt, sie muß erlebt werden.

Zum Schluß noch eins. Der Religionsunterricht wird von Menschen erteilt, die förmlich von omstwegen unsere politischen Gegner sind; die Unterrichtsmethode — man denke an die Verherrlichung der Prügelstrafe in dem Hirtenbrief gegen die „Kinderfreunde“ — ist aller Schulreform zum Trotz im Mittelalter stecken geblieben; der Lehrstoff steht vielfach mit den Erfahrungswissenschaften im Widerspruch, bezweckt überdies die Aufzucht gefügiger Untertanen, die im Hinblick auf ein besseres Jenseits in dem miserablen Diesseits geduldig aushalten. Kann es angesichts dieser Zustände überhaupt noch zweifelhaft sein, wie sich Parteigenossen zur Frage des Religionsunterrichtes zu stellen haben? Wohl kaum. Wer ernsthaft dem Sozialismus will, darf nicht freiwillig der Kirche die Erziehung von Proletariatskindern überlassen.

## Tages-Neuigkeiten.

### Klage der Garde.

General!  
Wir sind des Kaisers Leiter und Sprossen!  
Wir sind wie Wasser im Fluß verfloßen . . .  
Kuhlos hast du unser rotes Blut vergossen . . .  
General!  
General!  
Wir sind des Kaisers Adler und Enkel!  
Unsre Kinder hungern . . . Unsre Weiber heulen . . .  
Unsre Knochen in fremder Erde säulen . . .  
General!  
General!  
Deine Augen sprühen Furcht und Hohn!  
Unsre Mütter in Fron haben largen Lohn . . .  
Welche Mutter hat noch einen Sohn?  
General!  
Aus dem Chinesischen des Shi-Kina.

### Wenn der Arbeiter alt wird.

Mittwoch abends brach ein alter Mann gegenüber dem Hotel Sonne am Dorrich infolge Erschöpfung zusammen. Die herbeigerufene Rettungsgesellschaft leistete ihm erste Hilfe und labte ihn. Es ist ein alter Schloffer ohne Arbeit und Unterstand, Franz Cerny aus Brünn. Tags zuvor war er nach Plegmonie aus einem Brünnner Spital als geheilt entlassen worden, weshalb er nicht mehr dorthin gebracht werden konnte. Er wurde der Polizei übergeben . . .

Diese kurze Meldung beleuchtet grell die Zustände in der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Jahrzehnte hat Franz Cerny als Schloffer Tag für Tag im Dienste eines Unternehmers gerodet, hat Werte geschaffen, die anderen zugute kommen, für sich selbst konnte er nichts erübrigen, denn der Lohn, den er erhielt, reichte kaum aus, um die eigenen täglichen bescheidenen Bedürfnisse zu decken. Und nun ist er alt geworden und krank. Er kam in die Krankenanstalt, wurde, als es mit ihm halbwegs besser geworden war, als „geheilt“ entlassen und sah sich jetzt vor ein Nichts gestellt: ohne Unterstand, ohne Arbeit, ohne Geld; er irrt in den Straßen der Stadt umher, nicht wissend, was er tun solle, bis er vor Erschöpfung zusammenbricht. Die Rettungsgesellschaft wird berufen, labt den vor Hunger Entkräfteten und übergibt ihn der — Polizei. Das Krankenhaus nimmt ihn nicht auf, denn er ist ja als „geheilt“ entlassen worden. So ergreift es dem altgewordenen Arbeiter, der Zeit seines Lebens im Dienste des Kapitals gestanden ist. Und es gibt Frevler, welche die heutigen Gesellschaftszustände als göttlich gewollte Ordnung hinstellen! Kann die Widersinnigkeit des derzeitigen Wirtschaftssystems treffender charakterisiert werden als durch das Schicksal des alt und sich gewordenen Schloffers Franz Cerny? Darum müssen wir Sozialisten alles daran setzen, damit an Stelle der heutigen Gesellschaftsordnung eine bessere gesetzt werde, in welcher der altgewordene Arbeiter einen ruhigen schönen Lebensabend gesichert hat und nicht auf der Straße verrecken muß.

### Schiebers wahre Hochzeit.

Von Erna Büsing.

Beide sind dumm. Sie haben soviel soziales Empfinden wie ein Holzstück, soviel geistige Werte wie ein ausgenommener Fering, und in ihr Aufassungsvermögen gerät nur Beweglichkeit, wenn es gilt, die lieben Mitmenschen zu überreden. Daher haben sie Geld, und — es ist nicht nur ausschlaggebend für sie, es dirigiert auch das Verhalten der anderen Menschen zu ihnen. Heute haben er und sie ihren großen Tag, denn „Schiebers“, so nennt man sie für gewöhnlich im Hause, wachen Hochzeit.

Diese wird auch für die Mitbewohner zum aufregenden Tag. Da ist der bleiche, überan-

strenge geistige Arbeiter und seine unterernährte, stets fröstelnde Frau. Beide finden sich nicht zurecht in unserem Zeitalter der sanktionierten, spekulativen Machenschaft. Sie haben einen teils heimlichen, teils offensichtlichen Groll auf Schiebers. Aber heute geben sie willig ihre Käufer her, die man auf der Straße ausbreitet, damit Schiebers, so wie es sich für vornehme Leute gehört, weich von der Haustür zu ihrem Auto schreiten können.

Die Frau, die tagaus, tagein Oberhemden näht, zieht auch immer die Stirn kraus, wenn sie Schiebers sieht. Ihr Mann starb früh. Sie bekommt keine Pension und keine Hinterbliebenenfürsorge nimmt sich ihrer an, da muß sie von morgens früh bis abends spät nähen, um sich und ihr kleines Mädchen durchzubringen. Aber heute ist sie hocherfreut, weil ihr Kind bei Schiebers Hochzeit in der Kirche Blumen streuen soll. Sie hat das kleine Mädchen mit Ermahnungen und guten Ratschlägen schon ganz eingekuschelt und dem Weinen nahegebracht.

Am radikalsten ist für gewöhnlich der Portier des Hauses in seiner Aufbrachtheit gegen Schiebers. Er behauptet des öfteren, daß sie an den Galgen gehörten und man sie aufhängen müsse. Aber heute hat er, dem Tage zu Ehre, seinen grünlich schimmernden, speidigen schwarzen Rock angezogen. Er trägt sogar Handmanschetten und die rutzichten iom regelmäßig bis auf die Fingerspitzen, wenn er die herumlungenden Kinder vom Hauseingang verjagt. Jeden Blumenstraußüberbringer usw. empfängt er mit einer tiefen Verbeugung, und seine Frau steckt mehr als einmal sein sich unberechtigterweise hervorwagendes Vorhemd wieder unter Rock und Weste.

Ich aber kann nicht verstehen, daß alle diese Menschen Schiebers an ihrem Ehrentage nicht allein lassen. Und weiter kann ich auch nicht verstehen, daß die Allgemeinheit noch nicht spontan die Waffe des passiven Widerstandes gegen alle Schieber entdeckt hat.

Bebeisern. Eine schlichte, aber eindrucksvolle Bebeisern fand am vergangenen Montag in Trautenaustatt. Nach Vorträgen der Arbeiterfänger hielt Genosse Kreski die Gedächtnisrede, in der er in kurzen Umrissen das Lebenswerk des unvergesslichen August Bebel zeichnete. Mit kurzen markanten Worten schloß Genosse Uger die Feier. — Am gestrigen Tage versammelte sich die organisierte Arbeiterschaft von Landskron im Landskroner Arbeiterheim, um ebenfalls das Andenken Bebel's zu ehren.

Lustiger Andrang von Gemeindevorstandskandidaten. Der gestrige Leitartikel des „Pravo Lidu“ verweist darauf, daß bei den nächsten Gemeindevorwahlen im tschechischen Lager etwa fünfzehn Kandidatenlisten erscheinen werden. Außer politischen Parteien werden sich um das Vertrauen der Wähler auch unpolitische Interessengruppen bewerben. In erster Reihe die Hausherren, darunter Leute, die durch Ausbeutung in den Zeiten des Weltkrieges einen Besitz erworben und nun auch politische Macht ertingen wollen. Zunächst versuchen sie ihr Glück in den Gemeindevorwahlen. Weiters melden sich die Militärgastisten. Die tschechischen Frauen in Böhmischem Kamnisch beschließen, eine Kandidatenliste aufzustellen. Geradezu eine Dummheit aber ist es, wenn der Sperrklub in Nimburg erklärt, eine selbständige Kandidatenliste aufzustellen. Wie man sieht, werden die Gemeindevorwahlen in manchen Orten lustig: Momente bringen.

Was eine Kurliste erzählt. Ein Genosse, den sein körperliches Leiden zwang, seinen heurigen Urlaub in einer unserer heimischen Kurstädte zu verbringen, schreibt uns: Aus Gangeweise blätterte ich an einem Regentage gedankenlos in der Kurliste. Mein Interesse erwachte erst, als ich darin zu lesen begann:

Fabrikant X Y mit Chauffeur . . .  
Frestou von Saganenski, Gutsbesitzer-gattin mit Kammerfräulein . . .  
Oberst i. R. R. R., Frau Genahlin Rosa und Fräulein Tochter Ida, sowie Diener . . .  
Steueradministrationsdirektorsgattin . . .  
Uns geht sogar beim Schreiben der Atem aus —  
R. R., geborene Baronin X. Y. mit Kammer-solde . . . u. s. w., u. s. w.

Sagte man vom früheren kaiserlichen Deutschland, daß dort der Mensch erst beim Leutnant beginne, was soviel hieß, daß in der „Gesellschaft“ nur Namen, die mindestens mit dem Leutnants-rang verbunden waren, Geltung hatten, so gibt es in der Republik Menschen, deren Namen und Nichtberuf nur deshalb fast glänzen, weil sie Kurtage bezahlen, und solche „Begleit“-personen, die der dienenden Klasse angehören und deshalb, weil sie zahlreich — namenlos sind. Dafür wird bei der gestrigen Baronin sogar der Mädchennamen angeführt. — Angeleitet von dem Hochmut, der aus diesen wenigen Zeilen zu mir sprach, wollte ich das Buch schon zuklappen — da fiel mein Blick noch einmal auf die Stabes-rubrik und ich mußte hell aufschauen. Zwei Frauen waren dort eingetragen, die eine hatte als Ver-ruf „Israelitin“, die andere „Kriegsanleihe-besitzerin“ angeführt.

Ueber die „Anarchie“ in Sachsen, über die sich, wie wir gestern berichteten, die „Bohemia“ besonders beanregt zeigt, schreibt unser Komotauer Bruders-blatt folgende treffende Notiz: „Die Arbeiter haben Lebensmittel, wie Speck, Schinken, Eier und Getreide, bei den Bauern beschlagnahmt. Sie haben dabei Gewalt angewendet. Das ist sicherlich nichts Normales und nicht mit dem geltenden Rechte in Einklang zu bringendes, daß Städter, die hungrig sind, auf

Land hinausziehen und dort den Bauern nehmen, was sie finden. Aber ist vielleicht das etwas Normales und mit dem menschlichen Rechtsempfinden Harmonisierendes, daß die Bauern seit Wochen immer weniger Lebensmittel in die Städte geliefert haben? Die Berichte über die Beschlagnahmen bei den Bauern in manchen sächsischen Gegenden zeigen zugleich die Ursachen dieser Taten. Es wurden auf einzelnen Gütern bis zu dreißig Speckseiten gefunden, zehn bis zwanzig Schinken, die zum Teil schon von Mäden zerfressen und dadurch unbrauchbar geworden waren, viele Hunderte von Eiern, bis zu fünfzig Zentner Getreide noch aus der vorjährigen Ernte, viele Zentner Zucker — und in den Städten gab es kein Brot, gab es keinen Zucker, wußten viele Zehntausende schon seit Monaten nicht mehr, wie Fleisch und Speck aussehen! In den Städten bildeten sich große Reihen vor den Geschäften, um ein Stückchen Margarine zu bekommen, — bei einem Bauern wurden 40 bis 50 Stück Butter gefunden! Auf dem Lande Ueberfluß, Verderben wichtiger Lebensmittel, weil die Bauern sie um geringen Profit nicht verkaufen wollen, — in den Städten Mangel, Hunger, Verzweiflung. Die „Landpost“ und ihre städtisch-bürgerlichen Freunde haben nicht so unrecht, wenn sie von Anarchie reden. Aber ist es nicht die Anarchie der kapitalistischen Produktionsordnung, von der hier zu reden ist? Ist's nicht schauerliche Anarchie, wenn auf dem Lande Lebensmittel verderben, deren Fehlen in den Städten zu Hungerrevolten führt? Und dann: kann man sich wirklich noch wundern, wenn hungergequälte Menschen dort Lebensmittel holen, wo sie in Fülle und Ueberfülle zu finden sind?

Das internationale Arbeitsamt und die Kriegsinvaliden. Die deutsche Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik teilt mit: Das internationale Arbeitsamt beschäftigt sich eingehend mit dem Problem der Beschäftigung der Kriegsinvaliden, deren es im Ganzen mehr als zehn Millionen gibt (z. B. 1.537.000 in Deutschland, 1.500.000 in Frankreich, 1.170.000 in Großbritannien, 800.000 in Italien). In Genf fand nun eine Konferenz von Sachverständigen aus verschiedenen Staaten statt, die zu dieser Frage Stellung nahm. Die meisten Invaliden stehen in den Altersklassen 27—45 Jahre, also gerade in dem Alter der größten Leistungsfähigkeit. Zweits Arbeitsbeschaffung für Invaliden wurden in allen am Krieg beteiligt gewesenen Staaten Bestimmungen erlassen, wonach Kriegsbeschädigte den Vorzug der Anstellung in öffentlichen Diensten genießen. Die Beschäftigung der Invaliden im Staatsdienste ist jedoch nur eine teilweise Lösung des Problems. Die freien Stellen in diesem Dienste reichen bei weitem nicht hin, um alle Bewerber unterzubringen und man ist praktisch überall zu dem Schluß gekommen, daß Stellen für die Invaliden auch in Privatbetrieben gefunden werden müssen. Die Maßregeln, die zu dem Zweck ergriffen wurden, weichen von Staat zu Staat bedeutend ab. Eine Methode gründet sich auf freiwillige Zusammenarbeit der Unternehmer, die zur Einstellung Invaliden gewillt sind, deren Verhältniszahl im voraus und unter Ueberwachung des Staates bestimmt wird. Dieses System besteht in Großbritannien. Eine zweite Methode ist die gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer, einen bestimmter Prozentsatz Kriegsinvalider zu beschäftigen, sie wird in Deutschland, Oesterreich, Italien, Polen, Rumänien und Jugoslawien befolgt und wurde in Frankreich und der Tschechoslowakei empfohlen.

Nieseneinbruch in das physikalische Institut der Berliner Universität. Vermutlich in der Nacht zum Donnerstag sind Eindrehler in das physikalische Institut der Berliner Universität eingedrungen und haben sämtliche Quecksilber-vorräte, eine große Röntgenröhre mit Platin, ein Spiegelgalvanometer von Siemens u. Halste und andere kostbare Instrumente gestohlen. Der Verlust des physikalischen Instituts beträgt viele Milliarden Mark.

Kein Neudruck mehr wissenschaftlicher Bücher in Deutschland. Die Verleger wissenschaftlicher Werke in Deutschland haben sich gezwungen gesehen, jede weitere Herstellung von Büchern einzustellen, weil die Druckpreise nach der letzten Tarif-erhöhung bei einem Dollarstande von 2.700.000 Mark auf das Dreifache der Friedensgoldpreise gestiegen sind und damit die neu herzustellenden Werke sowohl im Inland wie im Auslande unverkäuflich werden müßten.

Der internationale Kongreß des Roten Kreuzes wird vom 28. August bis 11. September in Genf stattfinden. Es sind etwa 100 Teilnehmer eingeschrieben.

Der Diebstahl in der Münchener Lenbach-galerie. Der Anfang August in der Münchener Lenbachgalerie verübte Diebstahl kostbarer Gemälde von Franz Hals, Lukas Cranach, Hans Holbein, Rubens und anderen ist von der Berliner Polizei aufgeklärt worden. Einige der gestohlenen Bilder wurden in einem Hotel am Potsdamer Platz in Berlin von einem ehemaligen Studenten Max Schmidt zum Verlaufe angeboten. Eine zweite Spur führte nach Hamburg, wo Schmidt Beziehungen mit einer Frau Friederich unterhielt. Beide wurden festgenommen und alle Bilder mit einer Ausnahme beschlagnahmt.

Dritter internationaler Jdo-Kongreß. Aus Kassel wird gemeldet: Vom 4. bis 9. ds. fanden hier die Tagungen des dritten internationalen Kongresses für die Weltsprache Jdo statt. Trotz der mäßigen politischen Lage waren Vertreter von 19 Nationen erschienen. Selbst Frankreich, die Vereinigten Staaten und Indien waren vertreten. Alle Verhandlungen wurden in der Welt-hilfssprache Jdo geführt.

Der Berliner Drechsler gestorben. „Daili Express“ zufolge ist der ehemalige Major Ester-haus, welcher seinerzeit in die Drechsleraffäre ver-



widelt war, vor ungefähr drei Monaten gestorben. Er hatte in London unter falschem Namen gelebt.

**Amerikas Filmindustrie.** Nach der Steuererklärung für das Fiskaljahr 1921 bestehen in den Vereinigten Staaten 127 Etablissements, die sich mit der Herstellung von Filmen beschäftigen und eine Jahreserzeugung haben, deren Wert auf annähernd 77 Millionen Dollars zu schätzen ist. Von diesen 127 Fabriken befinden sich 68 in Kalifornien und 20 im Staate New York. Kalifornien ist das wichtigste Produktionsland der Filmindustrie, die hier in den klimatischen und landschaftlichen Verhältnissen die günstigsten Vorbedingungen findet. Kalifornien, und zwar in erster Linie Los Angeles, die berühmte Filmstadt, ist deshalb auch mit 61,5 Prozent an der Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten beteiligt. Nach Anweisung der Statistik beschäftigt die Filmindustrie im Jahre 1921 10.659 ständig beschäftigte Arbeiter, deren Gesamtlohn sich auf 38 Millionen Dollars bezifferte. Der Betrag des verwandten Rohmaterials stellte sich auf 31 Millionen Dollars.

**Wohlfahrts-Effekten-Lotterie der Deutschen Landes-Kommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen.** Die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen konnte in den eben zur Verfügung gelangenden Jahresberichten die erfreuliche Tatsache melden, daß während ihres 15jährigen Bestandes etwa 140.000 Kindern Schutz und Fürsorge geboten werden konnte! Nun geht es mit ganzer Kraft an die Umstellung der Fürsorgearbeit in der Richtung, daß nicht zugewartet werden darf, bis ein Kind durch Vernachlässigung und Pflegelosigkeit verkommt und dann weder leiblich noch geistig mehr zu einem gesunden Menschen zu machen ist, sondern es handelt sich um weit ausgreifende vorbeugende Fürsorgemaßnahmen, die bereits im Säuglingsalter einsehen werden. Weiters soll nach den Absichten der Deutschen Landes-Kommission jedes Jahr ein anderes deutsches Wohlfahrtswert gefördert werden; im heurigen Jahre wird die Taubstummenanstalt in Leitmeritz bedacht, da die Verhältnisse der Taubstummenfürsorge außerordentlich rückständig sind. Es ist klar, daß diese Aufgabe an unserer Jugend bedeutende Geldmittel verlangt. Die deutsche Landeskommission veranlaßt deshalb eine Jugendwohlfahrts-Effekten-Lotterie, für welche die Lose bereits ausgegeben werden. Die Lotterie, welche außerordentlich günstige Gewinnansichten bietet, umfaßt 300.000 Lose mit Treffern im Gesamtwerte von 300.000 K. und zwar: erster Haupttreffer eine vollständige Zwei-Wohnzimmer- und Kücheneinrichtung im Werte von 150.000 K, zweiter Haupttreffer einen Konzertsessel im Werte von 30.000 K, dritter Haupttreffer eine Heirats-Wäscheausstattung im Werte von 20.000 K und vierter Haupttreffer eine Herren- bzw. Damenbekleidung nach freier Wahl des Zweckes im Werte von 5000 K. Neben dies sind noch 2182 Treffer, die aus verschiedenen Wert- und Gebrauchsgegenständen bestehen, und zwar drei Treffer 3000 K, vier Treffer 2000 K, 25 Treffer 5000 K, 150 Treffer 15.000 K, 1000 Treffer 50.000 K und 1000 Treffer 2000 K. Auf Wunsch des Gewinners wird der erste Haupttreffer nach Abzug der gesetzlichen 35 Prozent Gebühren bar ausgefolgt. Der Preis eines Loses beträgt fünf K. Die Ziehung findet öffentlich am 30. Dezember 1923 um zehn Uhr vormittags in der Deutschen Landes-Kommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Reichenberg (Waldseite 14) in Gegenwart eines Notars und des staatlichen Aufsichtsorganes statt.

**Bodebrad-Neutra zu Fuß.** Der 76jährige Landmann Franz Fousel aus Bodebrad begab sich zu Fuß nach Neutra, um dort in einem landwirtschaftlichen Betrieb in Arbeit zu treten. Er legte die Strecke in siebzehn Tagen zu Fuß zurück.

**Grauenhaftes Eifersuchtsdrama.** Aus Czernowitz wird uns berichtet: Die Gattin des hiesigen Kaufmannes J. D. glaubte Grund zur Annahme zu besitzen, daß ihr Mann sie hintergehe. Da sie ihren Mann einmal in Gesellschaft eines Mädchens namens A. A. antraf, stand es bei ihr fest, daß ihr Mann sie mit diesem Mädchen betrüge. Dieser Lage begab sie sich nun in die Wohnung ihrer Nebenbuhlerin, die sie gerade im Badezimmer antraf, und schleuderte ihr ein flüssiges Salzsaure gegen den Kopf. Das Mädchen zerbrach und die Flüssigkeit ergoß sich dem Mädchen über die Augen und das ganze Gesicht. Die Frau D. kümmerte sich nicht um die Hilferufe der Ueberfallenen, sondern ergriff eine Schere und verfeigte dem Mädchen mehrere Stiche gegen den Kopf und Brust. Darauf sperrte sie das Badezimmer ab und begab sich zur Polizei, wo sie den Vorfall wahrheitsgetreu schilderte. Sie wurde verhaftet. Die A. wurde in schwerverletztem Zustande in das Zentralspital überführt. Die Augen des Mädchens sind stark verätzt. Die Ärzte hegen keine Hoffnung, ihr das Augenlicht zu retten.

**Ein schwerer Unglücksfall** hat sich in der Vorwoche während der Ernte in Lubenz (Bezirk Lubitz) zugegetragen. Der Wirtschaftsbefizier Anton Liska fuhr mit seinem Rutscher und seinem zehnjährigen Söhnchen Josef mit dem leeren Leiterwagen hinaus aufs Feld, um Getreide einzuführen. Liska lehnte an der Seitenwand des Wagens, als plötzlich der sogenannte „Kunzstod“, der die Leitern hält, unter dem Gewichte Liskas abbrach, so daß Liska vom Wagen fiel, ohne sich aber zu verletzen. Infolge dieses Vorfalles wurden die Pferde scheu und rannten mit dem Wagen davon. Der Wagen stürzte um und wurde von den Pferden mitgeschleppt. Der Knecht und der zehnjährige Josef gerieten unter den Wagen. Der Knabe erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot, der Knecht kam mit leichten Verletzungen am Rücken davon. Der Wagen wurde zertrümmert.

**Dem Gatten das Auge ausgezogen.** In Dintertotten bei Rutenplan erbot sich eine Frau, die zu einem Ausgange bereit vor dem Hause ungeduldig auf ihren Mann wartete, darüber, daß der Mann beim Abperrern der Haustür noch Einwendungen gegen den Ausgange erhob, so sehr, daß sie

ihm mit dem Regenschirm einen Schlag auf den Rücken versetzen wollte. Im selben Moment drehte sich der Mann um und die Spitze des Schirmes bohrte sich ihm ins Auge, das sofort auszurinnen begann. Bestürzt eilte die Frau davon und war bis jetzt nirgend aufzufinden. Der so unheilvoll verletzte Mann mußte zur Operation nach Prag gebracht werden.

**Eigenartige Erziehungsmethoden.** Im „Slovensky Vnuk“ wird aus Bös in der Slowakei folgende wahre Geschichte erzählt: Vor einigen Tagen trafen Gendarmen ein Mädchen, das an den Füßen geschmiedete, mit einer Kette verbundene Fesseln trug. Das Mädchen gab an, die 16jährige Dorota Esol zu sein und bereits seit 16 Monaten diese Fesseln zu tragen, die es ihr unmöglich machten, zu großen Schritten auszuholen. Ihr Vater habe ihr diese Fesseln angehängt. Dieser, der Bauer Johann Esol, erklärte den Gendarmen, er habe das Mädchen deshalb gefesselt, weil es von Rindesbluten an diebische Reigungen hatte, überall staß, was er dann ersehen mußte und vor einigen Jahren auch ein Kind ermordet habe. Die Fesseln habe er ihr bei Nacht, während sie schlief, angelegt, um ihr das Stehlen unmöglich zu machen. Die Gendarmen konnten diese eigenartige Erziehungsmethode mit unseren Gesetzen natürlich nicht in Einklang bringen; sie nahmen dem Mädchen die Fesseln ab und erstatteten die Strafanzeige.

**Blutshande.** Vor einiger Zeit wurde von einem Wiener Arzt bei einem 13jährigen Mädchen aus Rarshan sicher gestellt, daß es Mutterfreunden entgegenstehe. Im Zusammenhang mit diesem Vorfall wurde dieser Tage der Vater des Mädchens, ein Arbeiter auf dem Zieglerhaupte, unter der Beschuldigung der Blutshande verhaftet. Angeblich soll neben dem Vater auch der Großvater das Kind mißbraucht haben.

**Weiterbericht vom 17. August.** Im Norden der Republik erhob sich Donnerstag die Temperatur nur in den tieferen Lagen über 20 Grad C. Im Süden Böhmens und in der Slowakei lagen die Maxima zwischen 24 und 26 Grad C. Die Nacht auf heute war sehr kühl, besonders in der Slowakei, die Minima waren auch in den Niederungen tiefer als 10 Grad C, in Budweis und Neutra 5 Grad C, in Litschene 4 Grad Celsius. Die Niederschläge ergaben in der Nordhälfte der Republik als kurze Schauer 1/2 bis 1 Millimeter. Im Süden regnete es nur vereinzelt. Die Vorrückung des Hochdruckgebietes aus Westen hat aufgehört. In Mitteleuropa herrscht heute vorübergehend ruhiges Wetter in einem Hochdruckstreifen, der sich jedoch beim Herannahen einer neuen Depression bereits abschwächt. Das Störungs-zentrum liegt heute noch westlich von Schottland. Die Situation ist somit ziemlich ungünstig und stellt windiges Wetter mit Regenschauern und unternormaler Temperatur in Aussicht. — **Wahr-scheinliches Wetter am 18. August:** Borewiegend bewölkt, Niederschlagsneigung, besonders im Norden der Republik, Temperatur wenig verändert, feischer Westwind.

### Prager Chronik.

#### Flugverkehr Prag-London.

Heute langt aus London das erste Flugzeug auf dem Gellert Flugplatz ein, wodurch der regelmäßige Flugverkehr Prag-London seine Eröffnung findet. Der Flugverkehr hätte schon am 15. d. M. aufgenommen werden sollen, doch mußte seine Eröffnung bis zur Fertigstellung der radiotelegraphischen Verbindung vertagt werden. Montag, den 20. d. M. tritt das englische Flugzeug seine Rückreise nach London an und wird von da an täglich zwischen Prag und London verkehren.

#### Ein Neubau für die Tabakregie.

Auf dem Seidfeld in den Weinbergen wird ein vier Stockwerke hoher Neubau für die Tabakregie aufgeführt werden. Die Hauptfront des Gebäudes wird nach der Schlesienschen, die Seitenfronten werden nach der Sozava- und Blauigasse gehen.

#### Aus dem Polizeibericht.

Wie die Prager Polizei sicherstellt, hat der Oberrevisor der Staatsbahn Franz Stanislav im Verein mit dem Kanzleiangestellten Karl Peland aus den Magazinen der Staatsbahnen Material entnommen, das er zum Bau seines Hauses in Südböhmen benötigte. Stanislav und Peland wurden verhaftet und dem Landesgerichte eingeliefert. — Gestern wurde in Prag der Kaufmann Simon Vater festgenommen, der wegen verschiedener Betrügereien — darunter auch Geldherauslockung unter Zusage der Ehe — verfolgt wurde. — Gestern verließen Prag 145 slowakische, nach Amerika sehrende Auswanderer.

### Kleine Chronik.

**Ein unentdeckter römischer Circus.** Wie die „Anschauung“ mitteilt, hat der Professor an der römischen Universität Alfonso Bartoli in Permatinum, der Hauptstadt des Fernerlandes, Reste eines Theaters aus der römischen Kaiserzeit entdeckt. In der Nähe des jüdischen Tores in einem Garten mit den anschließenden Privatgärten sind der Entdecker Reste einer halbkreisförmigen, mit Nischen für Statuen versehenen Umfassungsmauer des Zuschauerraumes und einzelne durch Rundungen verbundene Grundmauern, die Sitzstufen trugen. Ferner wurden der massive Unterbau für die Szene, die Zugänge zur Cava (Zuschauerraum) und der zur Umfassungsmauer konszentrisch angelegte Gang festgestellt. Die Mauern bestehen teils aus gebrannten Ziegeln, teils aus dem aus der Gegend stammenden einfachen Backstein. Der Durchmesser der ganzen Gebäudes beträgt ungefähr 50 Meter. Nach

dem Urteil des Entdeckers dürfte der Circus aus der 2. Jahrhundert n. Ch. stammen.

**Die Heilung des Lampenfiebers.** Gewöhnliche Sterbliche befällt, wenn sie zum ersten Mal eine Rede halten oder ein Examen bestehen sollen, ein lähmender Schrecken, der wie mit würgender Hand die Kehle zusammenpreßt und einige qualvolle Augenblicke lang die Maschinerie des Gehirns zum Stillstand bringt. Und selbst Leute, die stets im Brennpunkt der Öffentlichkeit stehen, haben trotz ihrer Schulung immer wieder unter dem Lampenfieber zu leiden. Dieser so qualvolle Zustand hat für die unbeteiligten Zuschauer nur zu leicht etwas Komisches an sich; wirkt es doch gewiß auch lächerlich, wenn ein Redner in hilfloser Angst mit dem Taschentuch über das schwitzgebadete Gesicht fährt und schließlich mit tonloser Stimme unverständliche Worte hervorstottert. Aber in Wahrheit ist das Lampenfieber eine ernsthafte, zuweilen tragisch werdende Seelenstörung, die auch in der medizinischen Wissenschaft schon lange große Beachtung gefunden hat. Der französische Arzt Paul Foire, der sich eingehend mit dem Lampenfieber beschäftigt hat, gibt auf Grund seiner Forschungen einige wertvolle Fingerzeige zu seiner Bekämpfung. Nicht jeden Schauspielers ohne Unterschied befällt es, sondern es findet nur dort einen geeigneten Boden, wo die Seele durch gewisse pathologische Eigentümlichkeiten besonders für Angstzustände empfänglich ist, das heißt bei Neuroasthenikern, bei hysterisch Veranlagten und bei Menschen, die an angeborener Willensschwäche leiden. Damit geht dann gewöhnlich eine krankhafte Schüchternheit Hand in Hand. Sind dies die grundlegenden Ursachen für das Lampenfieber, so kommt als zufälliges Moment noch nervöse Ueberreizung, durch Ueberarbeitung oder feilsche Aufregungen hervorgerufen, in Betracht. In einem solchen Zustand ist für den Schauspieler die Wartezeit bis zum Auftreten einfach unerträglich. Kommt er dann auf die Bühne, so hat er das lähmende Gefühl, als stärke das gesamte Publikum ihn in eisiger Feindseligkeit an. Das hindert ihn natürlich, seine Fähigkeiten voll zur Geltung zu bringen. Zittern an allen Gliedern und heftiges Herzklopfen sind die bekanntesten Begleiterscheinungen des Lampenfiebers. Da diese Krankheit durchaus psychischer Natur ist, so muß das Heilmittel auch ein aus der Tiefe der Seele geborenes sein. Es gilt vor allem die Willensstärke des Patienten zu heben. Je mehr die Energie gestärkt wird, desto widerstandsfähiger wird der Mensch gegen das Lampenfieber, und schließlich verliert es ganz seine Macht über ihn. Aber nur wenig genügt es, sich in dieser Weise aus sich selbst heraus zu turieren; deshalb empfiehlt Dr. Foire als wirksamstes Heilmittel die Suggestion, und vor allem die Hypnose, durch welche er schon in vielen Fällen die Willensschwäche, die lähmende Schüchternheit und den Mangel an Selbstvertrauen seiner Patienten beseitigt und damit ein für allemal dem Lampenfieber die Angriffsfläche genommen hat.

### Sozialwirtschaft und Sozialpolitik.

#### Ein Konflikt zwischen Gewerkschaft und Genossenschaft in England.

Zwischen der englischen Grobeinkaufsgewerkschaft und ihren Angestellten ist ein Kampf entbrannt, der sich zu einem Konflikt zwischen Gewerkschaft und Genossenschaft erweitert. Es handelt sich in erster Linie um die Frage, ob die zwischen den Gewerkschaften und den Privatunternehmern vereinbarten automatischen Lohnherabsetzungen auch von dem Verwaltungsrat der genossenschaftlichen Grobeinkaufsgesellschaften ohne weiteres angewendet werden dürfen; diesen Standpunkt vertritt der Verwaltungsrat, während die Gewerkschaften auf Neuverhandlungen, die vor jeder Lohnänderung stattfinden sollten, bestanden. Es scheint, daß die beiden Seiten eine weitgehende Halsstarrigkeit aufwiesen. Dennoch gelang es einem aus vier Gewerkschaftern und vier Genossenschaftlern zusammengesetzten ständigen Ausschuss, der von dem Generalrat der Gewerkschaften eingesetzt wurde, bis zum Mai einen Frieden zu sichern. Trotzdem taucht die Frage der automatischen Lohnregelung wieder auf; die Genossenschaftsverwalter behaupten, nicht darauf verzichten zu können. Das führt im Mai zuerst zu kleinen Ausständen in einzelnen Filialen (1200 Streikende), die sich aber bald auf die gesamte Angestelltenchaft ausdehnen. Die Genossenschaftsverwaltung beharrt auf ihrem alten Standpunkt; ihre Angestellten dürfen keine Vorteile genießen gegenüber den anderen Angestellten, wenn die Konkurrenz mit den privaten Großhändlern und die Verbilligung der Waren für die Arbeiterchaft gesichert werden soll.

Die Vermittlungsversuche des Gewerkschaftsbundes scheitern und der Kampf fängt an (11. Juni), wobei die Angestellten neben dem Streik auch den Boykott aller von der Grobeinkaufsgewerkschaft vertriebenen Waren erklären; die Konsumvereine, die den Boykott nicht durchführen, werden ebenfalls mit Streik bedroht und sind daher auf den Boykott der Waren von Privatgroßhändlern angewiesen. Auch die Wagenführer und Lohndarbeiter von Liverpool verweigern die Beförderung der Ladungen für die G. W. S. Ferner haben die beiden Angestelltenvereine ihre Konten bei der eigenen Bank der Grobeinkaufsgewerkschaft gefündigt und auch die anderen Gewerkschaften dazu aufgefordert. Kurzum, der „Familienstreit“ innerhalb der organisierten Arbeiterchaft hat drohende Ausmaße angenommen. Den Bemühungen des Generalrates der Arbeiter gelang es endlich, die Einstellung des Streiks und der Boykottbewegung zu bewirken und die Austragung des Konflikts vor dem bereits erwähnten gemeinsamen Ausschuss der Gewerkschaften und Genossenschaften zu veranlassen. Dieser Ausschuss hat vorläufig nur in der Lohnfrage der Arbeiter zweier genossenschaftlicher Fabriken eine Entsch-

cheidung getroffen, während die übrigen Fragen noch einer Entscheidung harren. Der Schiedsspruch, der eine Lohnreduktion bestimmt, hat aber die Gewerkschaften nicht befriedigt, im Gegenteil hat er sie nur mit Mißtrauen gegen das Schlichtungsorgan erfüllt. Und doch ist es gewiß, daß ein Nachgeben jeder von beiden Parteien nicht allein gegenüber den Drohungen, sondern auch gegenüber den überzeugenden Gründen der anderen nicht ausbleiben kann. Die Genossenschaftsleiter werden anerkennen müssen, daß die weitlose Unterordnung ihrer Angeestellten unter die Beschlüsse der durch das Kräfteverhältnis der Arbeitnehmer- und privaten Arbeitgeberchaft beeinflussten gewöhnlichen Schlichtungsausschüsse nicht unbedingt erforderlich ist und der großen Idee der Arbeitergenossenschaft eher schadet; daß solche Ausbrüche gewerkschaftlicher Massenolidarität wie der vom Juni doch deutlich zeigen, wie stark die Genossenschaftsleiter infolge ihrer Solidarisierung mit den privaten Unternehmern von der Arbeitermasse als Fremdkörper empfunden werden. Andererseits werden die Angestellten einsehen, daß sie sich selbst und der gewerkschaftlichen Sache durch Vertiefung des konsumgenossenschaftlichen Apparates, also der gesamten wichtigen Produkte, schaden.

**Der Metallarbeiterstreik bei der EMAG in Mählich.** Der Abwehrkampf der Metallarbeiter bei der Firma EMAG in Mählich nimmt immer schärfere Formen an. Eine vom Ministerium für soziale Fürsorge vermittelte Einigungsverhandlung bei der Bezirksbehörde in Hohenstadt zeitigte wieder ein negatives Ergebnis, da die Betriebsdirektion im Auftrage des Verwaltungsrates eine Erklärung abgab, nach wie vor auf der Entlassung von neun Arbeitern (einschließlich des Hauptvertrauensmannes) bestehen zu müssen. Trotz der von den Vertretern der Behörde beschriebenen Vermittlungsvorschläge verblieb Direktor Seemann bei seiner ablehnenden Haltung, wobei er sich auf falsche Einflüsterungen stützte, daß ein Teil der Arbeiterchaft dem Vorgehen der Direktion zustimme. Die Vollversammlung der Arbeiterchaft und die von ihr einstimmig angenommene Entschließung ist geeignet, die überlebene Direktion über die wirkliche Meinung ihrer Angestellten zu belehren. In der Resolution sprechen die Arbeiter den Vertrauensmännern und dem Verbandssekretär ihr vollstes Vertrauen aus, sie erklären ihre Solidariät mit den Entlassenen und verpflichten sich, allen Weisungen der Organisation und der Vertrauensmänner unbedingt Folge zu leisten. Weiters erklären sie, in dem ihnen aufgegebenen Kampfe auszuharren und zu Verhandlungen nur auf Grund der bereits gestellten Vermittlungsvorschläge bereit zu sein. — Diese Entschließung vertrat also eine ganz andere Stimmung unter der Arbeiterchaft als die, von der der allmächtige Direktor Seemann in Hohenstadt und beim Verwaltungsrate in Prag zu fassen beliebt. Ueberhaupt wäre es dem Verwaltungsrat (in der die Deutsche Agrarbank hervorragend vertreten ist) sehr zu empfehlen, sich des näheren über die Vorgänge in seinem Mählicher Betriebe zu informieren; er könnte sehr leicht das Unternehmen vor noch größerem Schaden bewahren. — Mählich bleibt selbstverständlich für alle Metallarbeiter gesperrt.

**Unser Export im Monate Juli.** Der Wert der tschechoslowakischen Ausfuhr hielt sich im Monate Juli nach dem Joeben vom staatlichen statistischen Amt herausgegebenen Bericht ungefähr auf der Höhe des vorangegangenen Monatses. Der Wert wird mit rund 1008 Millionen Kronen gegen 1010 Millionen Kronen im Vormonat angegeben. Die Gesamtausfuhr für die abgelauten ersten sieben Monate 1923 beziffert sich auf rund 6621 Millionen Kronen, also durchschnittlich auf 946 Millionen für den Monat. In der Ausfuhr im Juli sind folgende Hauptgegenstände beteiligt: Holz, Rohle und Torf 252 Millionen, Baumwolle und Garne 120 Millionen, Eisen und Eisenwaren 112 Millionen, Wolle und Garne 100 Millionen, Glas und Glaswaren 93 Millionen, Jüder 52 Millionen usw. An erster Stelle steht die Holz- und Kohlenausfuhr, die mehr als 20 Prozent der Gesamtausfuhr beträgt. An der Ausfuhr nahmen folgende Bezugsländer teil: Deutschland mit 294 Millionen, Oesterreich mit 196 Millionen, England mit 69 Millionen, Ungarn mit 58 Millionen, Amerika mit 53 Millionen, Polen mit 46 Millionen. Deutschland stand also auch im Juli an erster Stelle der Bezugsländer.

**Der Banknotenumlauf in der Tschechoslowakischen Republik** beträgt nach dem Ausweis des Bankamtes vom 15. August 8069 Millionen Kronen, das ist um 174 Millionen weniger als in der Vorwoche.

**Wie man anderswo die Arbeitslosigkeit bekämpft.** Die letzte Woche brachte für England eine Zunahme an Arbeitslosen um 10.000 und es steht zu befürchten, daß diese Zahl sich in dem kommenden Winter noch bedeutend erhöhen wird. Der neue Unterstützungsplan der Regierung sieht Darlehen an die Gemeinden vor, deren Verzinsung für die Dauer von mindestens 10 Jahren zur Hälfte vom Staate getragen wird. Man hofft hierdurch die Gemeinden zur Vornahme von öffentlichen Arbeiten zu veranlassen. Der Arbeitsminister hat auch darauf hingewiesen, daß die Eisenbahngesellschaften, deren Reservefonds jetzt 130.000.000 Pfund Sterling betragen, oder vielmals so hoch als vor dem Kriege sind, große Dienste leisten könnten, wenn sie ihre Reserven für die Wiederherstellung und Elektrifizierung der Eisenbahnen nutzbar machen würden. — So in England. Was tut unsere Regierung? Wie bekämpft sie die Arbeitslosigkeit? Sie kürzt die Arbeitslosenunterstützungen oder stellt ihre Auszahlung überhaupt ein, denn die guten tschechischen Steuertröner müssen für andere Zwecke parat sein!



Die Gurkenwucherer sind am Werke. Wir verzeichnen heute geradezu eine Rekord-Gurken-ernte. In manchen Gegenden werden derartige Mengen von Gurken auf den Markt gebracht, daß sie liegen bleiben müssen und oft in faulem Zustande zum Abbruch geworfen werden müssen.

Aus der Internationale der Lithographen und Steinbrücker. In Verbindung mit dem vom 23. bis 26. August 1923 in Luxemburg stattfindenden internationalen Kongress hat das Internationale Sekretariat der Lithographen, Steinbrücker und verwandten Berufe. Sitz Brüssel, einen Bericht über die Tätigkeit in den verfloffenen 3 Jahren veröffentlicht.

drucker und Chemigraphen beantragen. Sie sind den Gewerkschaftsverbänden der betreffenden Länder angeschlossen und stellen sich auf den Boden der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam. Wir haben auch seinerzeit die Anschließung der Verbände Russlands und Griechenlands sowie die Beschlüsse des Exekutivkomitees erwähnt, das sich verneinend aus sprach, da die beiden Verbände der gewerkschaftlichen kommunistischen Internationale von Moskau angeschlossen sind.

Was du nicht willst, daß man Dir tu... Nach Blättermeldungen ermächtigte der spanische Ministerrat am Dienstag den Minister des Aeußern den französisch-spanischen Handelsvertrag zu kündigen, falls Frankreich die Einfuhr spanischer Weine erschwere.

Herabsetzung der jugoslawischen Ausfuhrzölle. Wie die „Prager Presse“ meldet, hat der jugoslawische Ministerrat eine starke Herabsetzung der Ausfuhrzölle für Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte und Schweine beschlossen.

Die Handelsstatistik der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten haben im Juli zum ersten Male seit Februar einen Ausfuhrüberschuß und zwar in der Höhe von 26 Millionen Dollars erzielt.

2225 Millionen Dollars gegen eine Einfuhr von 2371 Millionen Dollars.

Die russisch-rumänischen Beziehungen. Die Prager Vertretung der „Kosia“ bestreitet die von der rumänischen Presse verbreiteten Gerüchte über Zoll-Verhandlungen zwischen Rußland und Rumänien.

Wetterberichte

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Table with weather data for 17. August 1923. Columns include: Ort, Temperatur, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Tagesniederschlag, Temperaturgefälle.

Table with barometric observations (Barometrische Beobachtungen) for various locations like Tomarberg, Schanelope, and Jugidite.

Herausgeber: Dr. Ludwig Esch und Karl Cerman. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei in Prag.

Devilenturle.

Die tschechische Krone notiert in: Zürich, Schw. Frank 16.13.75, Berlin, Mark 93763.00, Wien, österr. Kr. 2082.00

Prager Kurse am 17. August.

Table with exchange rates for various currencies like Gold, Ware, 100 holl. Gulden, etc.

Züricher Schlusskurse am 17. August.

Table with exchange rates for various cities like Paris, London, Berlin, etc.

Advertisement for Damen- und Herren-Schutzmittel (Women's and Men's Protection) by Versandhaus „Sanitas“.

Large advertisement for Lida-Toiletteseife (Lida Toilet Soap) featuring an illustration of a factory and a woman.

Advertisement for Bezirkssekretär (District Secretary) position, including requirements and contact information.

Advertisement for Kuh & Kretsch Likörfabrik (Cuckoo & Kretsch Liqueur Factory) in Teplitz-Schönau.

Advertisement for the VII. Internationale Prager Herbst-Messe (7th International Prague Autumn Fair) from September 2-9, 1923.

Die Glücksbude. Erzählung von Ernst Freygang. Der Zirkus war vom langen Friedrich revolutioniert worden. Der Clown bot seinen ganzen Witz auf, um die Lache der fahrenden Leute zu einer möglichst vollständigen und tiefstehenden zu machen.

einem Hunde pfeift: „Raro, raro, wo bist du denn 'n Hund hier?“ Er trat mit abgegebener Kappe an die Barriere. „Entschuldigen Sie, mein Herr, aber der Hund ist nicht hier. Er muß dort sein!“

blid, Vater. Ich mache dir eine Treppe.“ Er rief einen Ziegel heraus, der polternd hinunterrollte. In die Lücke stemmte er den Fuß und entfernte weiter hinauf von neuem einen Stein.

stand vor dem Ortsgewaltigen und sagte: „Den Schlüssel heraus. Entweder — oder! Den Schlüssel! Wird's bald?“

(Fortsetzung folgt.)